

# ***Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft***

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 30.09.2019  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen

## **Antragstext**

- 1 Unser Wirtschaftssystem und unser Wirtschaftsverständnis stehen vor dramatischen
- 2 Veränderungen. Dabei geht es um viel mehr als um eine konjunkturelle Flaute nach Jahren des
- 3 Booms, es geht um sehr grundsätzliche strukturelle Herausforderungen.
- 4 Ein ungezügelter Natur- und Ressourcenverbrauch, die Abhängigkeit von Exportüberschüssen,
- 5 eine unzureichend regulierte Globalisierung, fehlende Investitionen in die Zukunft: Die
- 6 Krisen verdeutlichen, dass unser angestammtes Wirtschaftsmodell, das in der Vergangenheit
- 7 viel Wohlstand gebracht hat, so nicht mehr funktioniert. Der liberale Ökonom Nicolas Stern
- 8 hat zu Recht festgestellt: „Der Klimawandel ist der größte Fall von Marktversagen, den die
- 9 Welt je gesehen hat.“
- 10 Die enormen Wohlstandsgewinne kommen bei zu vielen nicht an und die Ungleichheit nimmt zu.
- 11 Globale Konzerne, die sich nationaler Rechtsetzung entziehen, und Finanzmärkte, die an
- 12 Stelle demokratischer Politik entscheiden, unter welchen Bedingungen wir Menschen leben. Das
- 13 alles höhlt nicht nur die Grundlagen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens aus und
- 14 gefährdet
- 15 bei uns und in vielen anderen Ländern immer stärker das Vertrauen in demokratische Politik.
- 16 Es zerstört auch die ökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Gleichzeitig erschüttern
- 17 globale Handelskonflikte die Weltwirtschaft und die multilaterale Weltwirtschaftsordnung.
- 18 Der drohende Brexit sorgt zusätzlich für Verunsicherung in der EU. Das hat Folgen. Nach
- 19 Jahren des Booms zeichnet sich in Deutschland ein ernsthafter Abschwung der Konjunktur ab.
- 20 Jede Generation hat ihre Aufgabe. Einen nachhaltigen und gerechten Wohlstand zu schaffen,
- 21 ist unsere. Deshalb müssen wir jetzt den Mut haben, weitreichende Entscheidungen zu treffen,
- 22 dafür leidenschaftlich in der ganzen Breite der Gesellschaft zu werben und nicht verzagt nur
- 23 in Trippelschritten zu denken. Richtig ausgestaltet schaffen wir die Grundlagen dafür, dass
- 24 notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig gemacht werden und damit
- 25 zukunftsfähige neue Arbeitsplätze im Handwerk, in Startups, in der Dienstleistungsbranche
- 26 und auch in traditionsreichen Industrieunternehmen entstehen. Dazu gehören auch massive
- 27 Investitionen, öffentlich wie privat, um den immensen Investitionsstau in unserem Land zu
- 28 begegnen, um die immensen Aufgaben beim Klimaschutz schnell und entschlossen anpacken zu
- 29 können, um Produktivität und neue Ideen anzukurbeln.

29 Unser Ziel ist die **sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft**. Sie ist das  
30 Gegenmodell zu einem ungeregeltem Kapitalismus und einem autoritären Staatskapitalismus.  
Wir  
31 streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das die planetaren Grenzen einhält und  
32 gleichzeitig menschliche Entfaltung garantiert – und zwar weltweit, über Grenzen hinweg und  
33 für zukünftige Generationen.

34 Den Weg dahin bereitet ein **Green New Deal**. Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für  
fairen,  
35 ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften. Er investiert mutig in die Zukunft. Er setzt  
36 neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich. Er  
37 schafft die Grundlagen für einen nachhaltigen Wohlstand, der nicht auf der Ausbeutung der  
38 Natur und einer fossilen Wirtschaftsweise basiert, sondern den Mensch in den Mittelpunkt  
39 stellt.

40 Wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln von Menschen und die Dynamik eines  
41 fairen Wettbewerbs nachhaltigen Wohlstand und innovative Problemlösungen schaffen können.  
42 Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, bietet die Marktwirtschaft beste Voraussetzungen für  
43 sozial-ökologisches Wirtschaften. Doch dafür braucht es den gesamten Instrumentenkasten aus  
44 Steuern-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher Forschungs- und  
45 Förderpolitik.

46 Die Aufgabe besteht darin, die Märkte der Zukunft so auszurichten, dass sie den Menschen und  
47 der Natur dienen. Dafür braucht es eine Politik, die beherzt vorangeht. Wenn wir es gut  
48 machen, können wir die großen Herausforderungen jetzt nutzen, um unsere Wirtschaft auf  
49 Zukunft, Gemeinwohl und nachhaltigen Wohlstand zu drehen.

50 Es wird gelingen

51 Unser Anspruch ist, dass Menschen sich entlang ihrer Vorstellungen in Freiheit und Würde  
52 entfalten können. Das erfordert ein Wirtschaftssystem, das Unternehmensgeist ebenso fördert  
53 wie es die Rechte von Beschäftigten schützt, nachhaltigen Wohlstand schafft, auf globale  
54 Gerechtigkeit zielt, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern überwindet und  
55 gleichzeitig mit starken sozialen Institutionen Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert.

56 Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft, starke staatliche Institutionen und ökologische  
57 Leitplanken sowie ein starkes soziales Netz sind deshalb Grundbedingungen für die sozial-  
58 ökologische Marktwirtschaft. Was Unternehmen, Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen  
59 dagegen nicht brauchen, ist eine wankelmütige Politik, die (zu) spät ihre Unterlassungen  
60 korrigiert und dann in hektischen Aktionismus verfällt. Was sie brauchen, ist ein  
61 berechenbarer Weg in eine grundlegend neue Welt.

62 Für Deutschland ist die Überwindung des Kohle- und Öl-Zeitalters ein entscheidender, ja ein  
63 schicksalhafter Moment. Automobil, Chemie und Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges  
der  
64 deutschen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten, aber sie müssen sich neu erfinden, um den  
65 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie  
66 auf das bauen, was sie – und vor allem den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre  
67 Ingenieurskunst, ihre Kreativität, das mittelständische Tüftlertum, die Sozialpartnerschaft  
68 mit den Gewerkschaften und ihre europäische und globale Orientierung.

Der Green New Deal für eine sozial-ökologische Neubegründung der Marktwirtschaft wird dann erfolgreich sein, wenn er auf ein neues Bündnis aus Arbeit und Umwelt setzt. Ohne die Beteiligung von Beschäftigten, Betriebsrät\*innen und Gewerkschaften, ohne ihre Perspektive, ihren immensen Wissensschatz und ihre Wirkmacht in Unternehmen gelingt der Aufbau einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsordnung nicht. Wir wollen mit den Beschäftigten Seit an Seit für den Wandel kämpfen.

Viele Unternehmen machen sich bereits auf den Weg dahin. Mittelständler\*innen schalten ihre Produktion auf Klimaneutralität um, Finanzinstitute entziehen sich dem Geschäft mit fossilen Energien, IT-Unternehmen setzen auf Erneuerbare und Großkonzerne erweitern grüne Produktportfolios. Die Industrie verlangt bereits ein überzeugendes, ökologisches Modernisierungsprogramm für Deutschland. Die Technologien, Innovationen und Ideen sind da. **Die Politik muss jetzt liefern.**

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir den Weg in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft ebnen:

### **1. Qualitatives statt blindes Wachstum - ein neuer Wohlstandsbegriff**

Um den universalen Anspruch der Menschen auf Würde, Freiheit und Glücksstreben innerhalb der planetaren Grenzen zu erfüllen, brauchen wir eine andere Form, Wohlstand zu messen. Unser heutiges Wirtschafts- und Sozialsystem ist darauf angewiesen, dass die Wirtschaft stetig wächst. Wächst sie nicht, drohen im heutigen System Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, geraten Staatshaushalt und Sozialversicherungen ins Ungleichgewicht und es verschärfen sich gesellschaftliche Verteilungskonflikte. Klar aber ist: Ein ökologisch blindes Wirtschaftswachstum und die ökologische Begrenztheit unseres Planeten stehen miteinander im

Konflikt. **Unser Ziel ist deshalb, Wachstum mit sinkendem Ressourcenverbrauch zu koppeln.**

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist schon heute ein schlechter Indikator für Wohlstand und Lebensqualität, es ist blind für die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden unseres Wirtschaftens. So werden etwa der Abbau von Ressourcen und die Zerstörung von Natur- und Sozialkapital im BIP überhaupt nicht berücksichtigt. Während Unternehmen beispielsweise den Rückgang von eigenen Bodenschätzen den Gewinnen gegenüberstellen und Abschreibungen vornehmen, macht der Staat das bisher nicht. Auch Reparaturmaßnahmen von Umweltschäden erscheinen im BIP als Steigerung, obwohl damit bestenfalls der Status quo wiederhergestellt und unter dem Strich nichts gewonnen ist. Genauso wird die unbezahlte Sorgearbeit, die vor allem von Frauen geleistet wird und eine unverzichtbare Grundlage unseres Wohlstands bildet, derzeit bei der Wohlstandsmessung nicht berücksichtigt. Wir schlagen deshalb **ein neues Wohlstandsmaß** und eine **neue Form der Wirtschaftsberichterstattung** vor, um neben den ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen zu messen und Indikatoren dafür festzulegen. Dabei geht es um harte ökonomische Fakten, denn berücksichtigt wird auch das Natur- und Sozialkapital, dessen Verfügbarkeit natürlich ein Wert an sich, aber auch elementar für den wirtschaftlichen Erfolg ist.

Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den

108 Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Auch für die  
109 Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. So wollen wir als ersten Schritt **für**  
110 **die Deutsche Bahn die Gemeinwohlbilanzierung einführen**. Und alle größeren privaten  
111 Unternehmen sollen in ihrem Jahresabschluss zukünftig über Nachhaltigkeitsindikatoren wie  
112 CO<sub>2</sub>-Emissionen berichten. Bestehende Ausnahmen für nicht börsennotierte Unternehmen  
113 sowie  
114 für viele Banken und Versicherer wollen wir abschaffen. Langfristig wollen wir erreichen,  
115 dass diese ökologischen und sozialen Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten  
116 Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens haben.

## 116 **2. Die Wirtschaft klimaneutral machen**<sup>1</sup>

117 Wir können unser Wirtschaften verändern, aber nicht unsere Abhängigkeit von einer intakten  
118 Natur. Aus wissenschaftlicher Perspektive sind wir beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß kurz davor, alle roten  
119 Linien zu überschreiten, vor denen uns viele Forscher\*innen warnen. Das hätte gravierende  
120 Konsequenzen für unsere Freiheit und die Freiheit unserer Kinder und Enkel. Politisch werden  
121 die Klima- und Umweltauswirkungen unserer derzeitigen Wirtschaftsweise unsere  
122 Gesellschaften  
123 fordern wie nie zuvor. Und wirtschaftlich handelt es sich bei der Klimakrise um das größte  
124 Geschäftsrisiko für unseren Wohlstand – oder eben um die entscheidende Größe für unseren  
125 Wettbewerbserfolg auf den Märkten der Zukunft.

125 Nach Jahren des Stillstands ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, schnell und massiv in die  
126 Infrastruktur zu investieren, die eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft trägt. Um  
127 zur klimaneutralen Wirtschaft zu kommen, müssen **Bahn, Autos und Gebäude weitgehend**  
128 **elektrifiziert** werden. Für Lastwagen, Flugzeuge und Schiffe wird Wasserstoff eine zentrale  
129 Rolle spielen, ebenso für die Stahlindustrie, die Zementindustrie und Teile der  
130 Chemiebranche.

131 Die Energiewende muss dafür nach den Phasen der Markteinführung und Marktdurchdringung  
132 nun  
133 in die dritte Phase geführt werden, in der sie die Wirtschaft flächendeckend mit  
134 regenerativer Energie versorgt. Sie ist den Kinderschuhen entwachsen und muss im nächsten  
135 Jahrzehnt via **Sektorenkopplung** die Bereiche Verkehr, Industrie und Wärme erschließen.  
136 Gleichzeitig müssen Unternehmen drastisch Energie einsparen und effizienter verwenden sowie  
137 CO<sub>2</sub>-lastig durch CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsverfahren ersetzen.

137 Dabei können wir darauf bauen, dass technische und gesellschaftliche Entwicklungen nicht  
138 linear verlaufen, und dass wir effizienter oder besser werden können in einem **Sprung aus**  
139 **dem**  
140 **Gewohnten heraus**. Und darauf, dass die Marktwirtschaft ihre volle innovative Kraft entfalten  
141 kann, wenn wir die richtigen politischen Leitplanken setzen. **Märkte sind ein mächtiges**  
142 **Instrument**, sie schaffen und zerstören in rasendem Tempo. Sie können verheerende Krisen  
143 entzünden – Lehman Brothers lässt grüßen – und sie können gleichzeitig dafür sorgen, dass  
144 binnen weniger Jahre das Smartphone auch in den entlegendsten Winkeln dieser Erde  
145 Menschen  
146 miteinander verbindet. Märkte können, wenn die Anreize richtig gesetzt sind, eine **grüne**  
147 **Revolution** entfachen, die unsere Vorstellungskraft auf die Probe stellen wird. Damit dies  
148 geschieht, muss der Staat durch **Ordnungspolitik, Preispolitik, Förder- und**

147 **Investitionspolitik** den Rahmen so zu setzen, dass der Weg zum klimaneutralen Verhalten in  
148 einem sozial-ökologisch gerahmten Markt rechtlich verbindlich und ökonomisch lohnend ist.

149 **Ordnungsrecht bedeutet Planungssicherheit für die Unternehmen.** Also die verlässliche  
150 Vorgabe,  
151 dass Autos, Flugzeuge, Maschinen oder Kraftwerke ab einem bestimmten Datum kein  
152 Treibhausgas  
153 mehr ausstoßen dürfen. **Preispolitik schafft fairen Wettbewerb**, weil die Klimabilanz von  
154 Produkten zum Teil des Preises wird. Klimaschädliches Wirtschaften wird teurer,  
155 klimafreundliches Verhalten billiger. **Förder- und Investitionspolitik** gibt Starthilfen für  
156 neue Produkte und Produktionsweisen und verhilft ihnen über die Schwelle zur  
157 Wirtschaftlichkeit. Und sie schafft über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur die Basis  
158 für ökologische Wirtschafts- und Lebensweise.

159 Ein Klimaschutzgesetz macht die Vorgaben

160 Das **Klimaschutzgesetz** ist das ordnungspolitische Herzstück. Ein solches Gesetz legt für alle  
161 Wirtschaftsbereiche (Sektoren) verbindliche CO<sub>2</sub>-Minderungsziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade  
162 ebenso wie die dafür notwendigen Maßnahmen fest. Es garantiert eine dichte Kontrolle, ob die  
163 Maßnahmen wirken, und sieht empfindliche Sanktionen bei einer Verfehlung der Ziele vor.  
164 Ergänzt wird ein solches Klimaschutzgesetz durch weitere ordnungsrechtliche Vorgaben. Zum  
165 Beispiel wollen wir, dass ab **2030 nur noch emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden  
166 und  
167 der Weg dorthin durch verbindliche Quoten für E-Autos bereitet wird. Auch der Umbau der  
168 energieintensiven Unternehmen ließe sich über ansteigende Quoten zum Beispiel für  
169 klimaneutralen Stahl in Autos oder auch Windrädern und Gebäuden nicht nur planungssicherer  
170 gestalten, die Unternehmen hätten gerade mit Blick auf die weltweiten Überkapazitäten so  
171 auch einen Wettbewerbsvorteil auf dem europäischen Markt.

172 CO<sub>2</sub> muss einen Preis bekommen

173 Ein **wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis** ist für uns der zweite Teil des nötigen Instrumentenmixes, den wir  
174 zugleich klimapolitisch wirksam und sozial gerecht ausgestalten wollen. Nur so lässt sich  
175 zügig ein stabiler, langfristig orientierter Investitionsrahmen schaffen und systematisch  
176 Anreize zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und für eine Umstellung von Produktionsweisen sowie  
177 für „Efficiency First“ beim Umgang mit Ressourcen setzen. Nur so lässt sich das Potenzial  
178 auf einer für alle Marktteilnehmer transparenten Basis für einen fairen Wettbewerb schaffen.  
179 Der CO<sub>2</sub>-Preis schafft Gerechtigkeit und steigert mittelfristig auch die Wettbewerbsfähigkeit  
180 auf dem Weltmarkt — denn Klimaschutz ist nicht nur notwendig, sondern auch ein globaler  
181 Zukunftstrend.

182 Keine Steuermittel mehr für klimaschädliches Verhalten

183 Damit ökonomische Anreize ihr volles Potenzial entfalten können und zusätzliche finanzielle  
184 Spielräume für Zukunftsinvestitionen entstehen, wollen wir **umwelt- und klimaschädliche**  
185 **Subventionen konsequent abbauen.** Insgesamt betragen diese in Deutschland über 57  
186 Milliarden  
187 Euro. Staatliche Subventionen wie die Steuerbefreiung von Rohöl zur Plastikherstellung, dem  
188 immer noch gewährten Beschaffungszuschuss für neue Ölheizungen oder die Nichtbesteuerung  
189 von  
190 Kerosin wollen wir endlich beenden.

Investitionen in CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse, insbesondere in den Bereichen Stahl, Chemie und Zement, lohnen meist erst bei sehr hohen CO<sub>2</sub>-Preisen, die das europäische Emissionshandelssystem derzeit noch nicht abbildet. Damit sich solche Investitionen für Unternehmen schon heute rechnen, wollen wir den Unternehmen die Differenz zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten erstatten, welche ihnen durch die Investitionen in neue Verfahren und Technologien entstehen (Carbon Contract for Difference). Die Kosten dafür können über eine Klima-Umlage refinanziert werden, die auf die Endprodukte aufgeschlagen wird und die für heimische Produkte und Importe gleichermaßen gilt. So rechnen sich diese Investitionen sofort und es werden kurzfristige Wettbewerbsnachteile gegenüber Regionen ohne eine entsprechende CO<sub>2</sub>-Bepreisung vermieden.

Förderpolitik gibt Starthilfe

Wir lassen die Unternehmen bei der ökologischen Transformation nicht allein und wollen sie unterstützen. Für Investitionen in transformative, CO<sub>2</sub>-freie Industrieprozesse in den Bereichen Stahl, Chemie oder Zement wollen wir deshalb **bessere**

### **Abschreibungsmöglichkeiten**

**schaffen und Leuchtturmprojekte CO<sub>2</sub>-freier Verfahren und Prozesse gezielt fördern.**  
Die Basis

zur Entwicklung solcher Verfahren ist die entsprechende Forschung. Dafür wollen wir die Mittel im kommenden europäischen Forschungsrahmenprogramm „Horizon Europe“ auf 120 Milliarden Euro aufstocken und die steuerliche Forschungsförderung als ein wirkungsvolles Innovationsinstrument ausgestalten. Weiterhin richten wir die öffentliche Beschaffung konsequent klimaverantwortlich aus und schaffen so Leitmärkte, die innovativen Unternehmen die notwendige Sicherheit geben, dass ihre Produkte auch einen Markt finden, auf dem sie starten können.

Um den ökologischen Umbau zu fördern und gleichzeitig den sich anbahnenden Wirtschaftsabschwung zu bekämpfen werden wir die degressive Abschreibung (AfA) zeitlich befristet wieder einführen.

In die ökologische Infrastruktur investieren

Investitionen in Klimaschutz bedeutet vor allem: Ausbau von Bahninfrastruktur, von ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehrsinfrastruktur, aber auch Aufbau von Ladeinfrastruktur für E-Mobilität sowie von Infrastruktur für erneuerbaren Wasserstoff. Wärmenetze, energetische Gebäudesanierung und der Ersatz von Öl- und Gasheizungen benötigen Unterstützung. Auch stehen die Rettung unserer Wälder, die Erhöhung von Deichen und die Schaffung von mehr Überflutungsflächen für Flüsse, der Umbau zu einer klima- und tierschutzgerechten Landwirtschaft an.

Allein die Bahn braucht mindestens drei Milliarden Euro pro Jahr, um die notwendige Verlagerung des Verkehrs von der Luft und der Straße auf die Schiene stemmen zu können. Für den Aufbau eines elektrischen Ladesäulennetzes brauchen wir ein Investitionsprogramm in Höhe von 600 Millionen Euro. Unser Programm „Faire Wärme“, mit dem wir die energetische Gebäudesanierung unterstützen wollen, umfasst 7 Milliarden Euro im Jahr. Dies sind nur drei Beispiele. Insgesamt plädieren wir für **zusätzliche öffentliche Investitionen in Höhe von 30**

225 **Milliarden pro Jahr.**

226 Wettbewerbsfähigkeit sichern, Klimadumping verhindern

227 Neben den notwendigen Anreizen müssen wir bei Einführung von ordnungspolitischen  
228 Klimamaßnahmen die europäische Industrie auch vor möglichen Nachteilen im internationalen  
229 Wettbewerb mit Staaten ohne eine vergleichbare Klimaschutzpolitik schützen. Dies kann über  
230 **Grenzausgleichsmaßnahmen** wie europäische **Klimazölle**, die auch auf Importe  
aufgeschlagen

231 werden, oder über einen **Grundstoffausgleich**, der Recycling und weniger energieintensive  
232 Werkstoffe belohnt, geschehen. Auch die Finanzierung der zusätzlich notwendigen  
233 Investitionskosten für saubere Technologien könnte in Zukunft ein Weg sein, anstatt  
234 weiterhin kostenlose Zertifikate im Emissionshandel auszugeben.

235 Divestment: Kapital aus fossilen in grüne Geschäftsfelder lenken

236 Mit einer breit angelegten **Divestmentstrategie** wollen wir dafür sorgen, dass Anlagekapital  
237 zukünftig Klimaschutz statt Klimazerstörung finanziert. Öffentliche Banken und  
238 Versicherungen sollen **Investitionen in die Dekarbonisierung der Wirtschaft** umlenken  
und

239 umgehend aus klimaschädlichen Wirtschaftsproduktionen wie Kohle- oder Erdölindustrie  
240 aussteigen. Damit auch Kleinanlegerinnen und Kleinanleger von der grünen Finanzwende  
241 profitieren und ihr Geld mit gutem Gewissen anlegen können, brauchen wir ein **EU-Label für**  
242 **nachhaltige Finanzprodukte** mit starken ökologischen und sozialen Standards. Damit alle  
243 Anleger\*innen nachvollziehen können, ob Unternehmen ökologisch wirtschaften, werden wir  
244 entsprechende Offenlegungspflichten einführen.

245 Neue Anlagerichtlinien für die öffentliche Hand, Fonds wie für die Beamtenpension oder  
246 Rücklagen der Bundesanstalt für Arbeit sollen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkriterien  
247 folgen. Der Bund kann dem Markt für nachhaltige Geldanlagen wichtige Impulse geben. Dafür  
248 muss er seine Investitionen in Kohle-, Öl- und Gas-Konzerne, die Geschäfte auf Kosten des  
249 Klimas machen, beenden.

250 Damit neben der Rendite auch die Klima- und Sozialverträglichkeit zur Grundlage von  
251 Entscheidungen über Investitionen und Kreditvergaben gemacht werden, brauchen wir einen  
252 verbindlichen **europäischen Standard für Nachhaltigkeit**, anhand dessen auch klima- und  
253 umweltschädliche Wirtschaftsbereiche klar benannt werden können. Auf dieser Grundlage  
müssen

254 alle Finanzmarktakteure die Klima und Umweltauswirkungen ihrer Investitionen offenlegen.

255 Klimarisiken, die in Konzern- und Bankbilanzen schlummern, sollten bei der Bewertung durch  
256 Rating-Agenturen und die Finanzmarktaufsicht berücksichtigt werden, zum Beispiel durch  
257 **Klima-Stresstests für Banken und Versicherungen** oder durch Aufschläge bei  
258 Eigenkapitalanforderungen bei Finanzierungen, die hohe Klima und Umweltrisiken bergen.

259 **3. Verwerten statt Verschwenden: Kreislaufwirtschaft als übergeordneter Rahmen**

260 Die ökologische Wende kann nur gelingen, wenn wir nicht dauerhaft auf immer mehr Rohstoffe  
261 angewiesen sind. So können Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang einsparen und  
außerdem

262 können hunderttausende neue Jobs entstehen. Im Bereich Elektromobilität beispielsweise gibt

es großes Potenzial, um durch Recycling der Lithium-Ionen-Batterien einerseits den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern, andererseits den Bedarf an Rohstoffen zu senken. Dafür müsste nur die EU-Batterierichtlinie reformiert werden.

Unser Ziel ist der parallele **Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft**. Diese basiert auf in sich geschlossenen Stoffkreisläufen. Der Kreislauf beginnt bereits bei der Produktgestaltung. Produkte müssen so designt werden, dass die jeweiligen Einzelteile auch wieder voneinander getrennt und sinnvoll wiederverwertet werden können. Dafür wollen wir verbindliche Vorgaben in der EU-Ökodesign-Richtlinie schaffen. Wir wollen Abfallvermeidung und Verwertung durch einen Mix aus Anreizen und Vorgaben stärken: Wir wollen

#### **Recyclingquoten**

**einführen**, welche die tatsächlich im Kreislauf geführten Wertstoffe messen. Hersteller\*innen sollen zu einer festen **Einsatzquote für recycelte Rohstoffe** verpflichtet werden.

Die Rücknahme- und Verwertungspflicht bei Produkten wie Verpackungen, Elektro- und Elektronikaltgeräten muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden. Ein solcher Anreiz ist die Weiterentwicklung der Lizenzentgelte für Verpackungen zu einer **Ressourcenabgabe**, die gleichzeitig ökologische Verpackungen über einen Bonus fördert. Auch

Rücknahmeprämien für einzelne Produktgruppen wie beispielsweise Mobiltelefone können ein möglicher Weg sein. Unser Ziel ist, bis 2030 alle Kunststoffprodukte kosteneffizient zu recyceln oder wiederzuverwenden. Schließlich wollen wir die Forschung für Recycling-Prozesse und die Substitution von Rohstoffen intensivieren.

#### **4. Gute und selbstbestimmte Arbeit - wir gestalten den Wandel der Arbeitswelt**

Unsere Arbeitswelt wird sich in den kommenden Jahren vor allem durch die Digitalisierung rasant und tiefgreifend verändern. Bekannte Tätigkeiten und Arbeitsplätze werden wegfallen oder sich stark verändern, neue Arbeitsplätze und Berufe entstehen. Ob es in der Summe dann weniger Arbeitsplätze geben wird oder mehr, kann derzeit niemand verlässlich vorhersagen. Klar ist jedoch, dass sich auch die Art, wie wir arbeiten werden, massiv verändert. Unser Arbeiten wird flexibler, selbstorganisierter, auch kooperativer. Zugleich erleben wir bereits heute neue Formen der Ausbeutung und Überforderung. Ein großes Problem bedeutet daneben der bereits heute spürbare massive **Fachkräftemangel** – eine Million Stellen sind unbesetzt. In den kommenden 15 Jahren wird die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Einwanderung um sechs Millionen schrumpfen.

Für beide Entwicklungen – den Fachkräftemangel und die Veränderungen der Arbeitswelt – muss sich die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Arbeitsmarkt-, Einwanderungs- und Integrationspolitik viel besser rüsten als bisher.

Weiterbildung ist der Schlüssel

Das bedeutet vor allem, dass Menschen die Möglichkeit haben müssen, sich weiterzubilden und neu zu qualifizieren. Dafür brauchen sie Geld, Zeit und passende Angebote. Wir wollen einen **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** begründen. Das lebensbegleitende Lernen wird damit Teil des

öffentlichen Bildungsauftrags. In allen Kommunen wollen wir Bildungsagenturen schaffen. Sie sollen zum Herzstück von regionalen Bildungsnetzwerken werden, in denen sich Arbeitsagenturen, Jobcenter, Volkshochschulen, Kammern, Berufs- und Hochschulen sowie



andere

303 Weiterbildungsträger vernetzen, um flächendeckend und niedrigschwellig beste Weiterbildung  
304 und Beratung anbieten zu können. Die bisherige Arbeitslosenversicherung wird zu einer  
305 **Arbeits- und Weiterbildungsversicherung** umgebaut. So, wie wir in den beiden  
vergangenen

306 Jahrhunderten damit begonnen haben, uns gegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit abzusichern,  
307 sollten wir im 21. Jahrhundert im Rahmen der Arbeitslosenversicherung eine Garantie auf  
308 Weiterbildung festschreiben. Sie sollte sowohl die Weiterbildung finanzieren als auch den  
309 Lebensunterhalt in Weiterbildungsphasen absichern. Auch die Möglichkeiten der  
310 Digitalisierung wollen wir für die Bildung weiter nutzen. Dafür soll eine öffentliche und  
311 unabhängige digitale Plattform alle Fort- und Weiterbildungsangebote bündeln. Das ermöglicht  
312 neue Zugänge für Menschen, die sich weiterbilden wollen.

313 Wir sehen es zudem als unsere Verantwortung, die Arbeitnehmer\*innen insbesondere beim  
314 ökologischen und digitalen Wandel mitzunehmen. Wir wollen dazu als eine wichtige Maßnahme  
315 eine neue „**Qualifizierungs-Kurzarbeit**“ einführen, um so die Chancen der Beschäftigten und

316 der Betriebe im Strukturwandel vorausschauend zu verbessern. So können Beschäftigte sich  
317 qualifizieren und danach in ihren Betrieb zurückkehren. Die Phase der Kurzarbeit muss  
318 konsequent für die Qualifizierung der Beschäftigten genutzt werden. Dabei wollen wir die  
319 „Qualifizierungs-Kurzarbeit“ eng an die Sozialpartnerschaft koppeln und zwar durch  
320 tarifliche Regelungen und Betriebsvereinbarungen. Denn Unternehmen, Gewerkschaften und  
321 Betriebsräte können nur gemeinsam dem Strukturwandel die richtige Richtung geben.

322 Fachkräftemangel bekämpfen

323 Der Fachkräftemangel stellt für viele Unternehmen ein Problem dar. Wir wollen darauf  
324 reagieren, indem wir nicht nur engagiert auf Qualifizierung und Weiterbildung setzen und die  
325 Erwerbstätigkeit von Frauen weiter stärken. Gerade angesichts des demographischen Wandels  
326 halten wir zusätzlich auch eine **ambitionierte Einwanderungspolitik** für dringend  
notwendig.

327 Das Fachkräftezuwanderungsgesetz der großen Koalition erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir  
328 wollen es überarbeiten und entbürokratisieren. Deutschland braucht ein **echtes**  
329 **Einwanderungsgesetz** mit einem transparenten Punktesystem und der Möglichkeit eines  
330 Spurwechsels.

331 Neue Jobs

332 Wir haben große Engpässe dort, wo Menschen sich um Menschen kümmern: in der Pflege, der  
333 Bildung, in der Kinder- und Altersbetreuung. Diese **Jobs in der Sorge-Arbeit** müssen  
ausgebaut

334 werden und brauchen endlich die Anerkennung, auch finanziell, die ihnen gemessen an ihrer  
335 gesellschaftlichen Relevanz zusteht. Diejenigen, die sich um andere Menschen kümmern, dürfen

336 nicht beim Mindestlohn landen oder Probleme haben, sich eine Wohnung zu leisten.

337 Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung schätzt, dass mit stetigen  
338 Investitionen in Nachhaltigkeit bis 2030 weltweit bis zu 170 Millionen neue Jobs geschaffen  
339 werden können. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

340 geht davon aus, dass sich die Zahl der **Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Energien-**  
341 **Branche** in  
342 Deutschland allein in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 500.000 verdoppelt. Im  
343 gesamten **Bereich Umwelttechnik und Ressourceneffizienz** sind bereits heute 1,5  
344 Millionen  
345 Menschen in Deutschland beschäftigt. Erwartet wird hier ein Anstieg von jährlich 6,7  
346 Prozent. Für diese Zukunftsbranche brauchen wir also qualifizierte Maschinenbauer,  
347 Elektrotechnikerinnen, Ingenieurinnen, Vertriebsmitarbeiter\*innen, Bürokräfte – von der  
348 Berufseinsteigerin bis zur erfahrenen Fachkraft.

349 Gute Arbeitsbedingungen  
350 Gute Arbeitsbedingungen und eine faire Verteilung des Wohlstandes zwischen Arbeit und  
351 Kapital auszuhandeln, ist zunächst Aufgabe der Sozialpartner. Wir wollen die kollektive  
352 **Selbstorganisation und Mitbestimmung** wieder stärken und prekäre Beschäftigung  
353 überwinden.  
354 Bei der öffentlichen Vergabe sollen nur Unternehmen zum Zuge kommen, die einem Tarifvertrag  
355 angehören bzw. Tariflöhne zahlen. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für  
356 allgemeinverbindlich zu erklären. Die Bildung von Betriebsräten werden wir erleichtern,  
357 indem Initiator\*innen einen besonderen Schutz erhalten und die Verhinderung von  
358 betrieblicher Interessenvertretung als klare Straftat angesehen und verfolgt wird.

359 Wir wollen die **betriebliche Mitbestimmung** ausbauen, indem die Betriebsräte bei der  
360 Personalplanung stärker eingebunden werden und bei der Weiterbildung und der  
361 Beschäftigungssicherung ein echtes Vorschlags- und Initiativrecht bekommen. Die  
362 unternehmerische Mitbestimmung soll bereits ab einer Unternehmensgröße von 1.000  
363 Beschäftigten voll greifen und die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmervertreter\*innen bei  
364 strategischen Unternehmensentscheidungen im Aufsichtsrat erweitert werden.

365 Der gesetzliche Mindestlohn war ein wichtiger Meilenstein für faire Arbeitsbedingungen. Wir  
366 wollen **Ausnahmen beim Mindestlohnstreichen**, die Kontrolle verbessern und zudem dafür  
367 sorgen,  
368 dass er in Zukunft wirklich armutsfest ist. Die Mindestlohnkommission wollen wir  
369 reformieren, um ihren Entscheidungsspielraum zu stärken. Die Höhe des Mindestlohns soll sich  
370 künftig nicht allein an der Tarifentwicklung orientieren, sondern vor Armut schützen und den  
371 Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Deshalb wollen wir als Sofortmaßnahme eine  
372 **Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro**. Gleichzeitig sollen die Vertreter\*innen der  
373 Wissenschaft in der Mindestlohnkommission ein Stimmrecht erhalten. **Leiharbeit** wollen wir  
374 stärker **regulieren**, für Leiharbeitskräfte soll ab dem ersten Tag die gleiche Bezahlung wie  
375 für die Stammbeslegschaft gelten sowie eine zusätzliche Flexibilitätsprämie. **Sachgrundlose**  
376 **Befristungen** wollen wir **abschaffen**. Wir fordern ein wirksames **Entgeltgleichheitsgesetz**  
377 mit  
378 einem Verbandsklagerecht für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Unser Ziel ist es,  
379 **Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln** und dafür zu  
380 sorgen,  
381 dass die Beiträge durch Steuern und Abgaben sowie soziale Leistungen so aufeinander  
382 abgestimmt werden, dass sich Erwerbsarbeit immer rechnet. Dabei darf die Belastung mit  
383 Steuern und Abgaben nicht sprunghaft steigen. Und wir streiten dafür, Berufe aufzuwerten,

378 die heute noch meist von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in der Erziehung, der Pflege  
 379 oder im Gesundheitssystem, und sie besser zu bezahlen. Wir wollen, dass **Arbeit auf Abruf**  
 380 nicht mehr möglich ist, wenn die Tätigkeiten mit normalen Arbeitsverhältnissen erledigt  
 381 werden können, etwa über die Nutzung von Arbeitszeitkonten.

382 Die Regulierung von Arbeit wollen wir an die **Herausforderung der Digitalisierung**  
 anpassen.

383 Dafür braucht es schärfere Abgrenzungskriterien von (Solo-)Selbstständigkeit sowie eine  
 384 Neudefinition des Arbeitnehmer\*innen-Begriffs. **Gesetzliche Mindesthonorare** sollen für  
 385 Selbstständige ein Schutz vor Dumping und Ausbeutung sein, genauso wie der gesetzliche  
 386 Mindestlohn es für Beschäftigte ist. Auch sollten sich die Auftraggeber\*innen an den  
 387 Sozialversicherungsbeiträgen beteiligen.

388 Durch Digitalisierung entsteht ein großes Potenzial, **Arbeitszeit** weiter zu **verkürzen**, sie  
 389 mit anderen Lebensbereichen besser zu vereinbaren und Arbeit umzuverteilen, sowohl Erwerbs-

390 als auch Sorge-Arbeit. Dabei ist uns besonders wichtig, dass es auch zu einer gerechteren  
 391 Aufteilung von Erwerbs- und Sorge-Arbeit zwischen den Geschlechtern kommt. Wenn Arbeit  
 392 besser ins Leben passt, sind die Beschäftigten produktiver, weniger gestresst und  
 393 engagierter. Auch der wachsende Fachkräftebedarf kann so besser bewältigt werden.

394 Wir brauchen nicht noch mehr Verfügbarkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern rund  
 um

395 die Uhr. Zum Schutz der Gesundheit braucht es auch im digitalen Zeitalter eine Grenze für  
 396 die tägliche Höchstarbeitszeit sowie ausreichende Ruhezeiten ohne Unterbrechung. Wir wollen  
 397 mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten und fordern eine **Wahlarbeitszeit**  
**zwischen**

398 **30 und 40 Wochenstunden**. Damit wird die Vollzeit neu definiert und zu einem flexiblen  
 399 Arbeitszeitkorridor umgestaltet. Ein **Rückkehrrecht** von Teilzeit-Beschäftigten auf ihre  
 400 vorherige Stundenzahl ist notwendig, damit sie beruflich wieder voll durchstarten können.  
 401 Die von der großen Koalition eingeführte Brückenteilzeit nur für große Betriebe genügt  
 402 diesen Anforderungen bei weitem nicht. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (insbesondere  
 403 Frauen) wird aufgrund der Einschränkungen das Recht auf Rückkehr in Vollzeit nicht in  
 404 Anspruch nehmen können. Wir wollen außerdem, dass die Hälfte der Plätze in den  
 405 Führungspositionen von Unternehmen mit Frauen besetzt werden. Deshalb braucht es  
 406 **verbindliche Frauenquoten für Aufsichtsräte** und vergleichbare Regelungen auch für  
 Vorstände.

407 Durch die Digitalisierung wird es auch einfacher für die Beschäftigten, von zu Hause zu  
 408 arbeiten. Wir werden deswegen ein **Recht auf Home-Office** einführen.

409 Beschäftigte am Wohlstand beteiligen

410 Eine verbesserte **Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen** kann sowohl dem  
 Fachkräftemangel als

411 auch einer ungleichen Vermögensentwicklung entgegenwirken. Sie ist ein Weg, um die  
 412 Bevölkerung besser am gesellschaftlichen Produktivvermögen zu beteiligen. Bislang sind wir  
 413 im europäischen Vergleich jedoch Schlusslicht bei der Mitarbeiterbeteiligung. Wir wollen  
 414 daher den steuerlichen Freibetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen deutlich  
 415 anheben. Außerdem wollen wir eine Plattform schaffen, um Beispiele von erfolgreichen

416 Beteiligungsmodellen besser zugänglich zu machen und interessierten Unternehmen mehr  
417 Informationen bereit zu stellen.

## 418 **5. Eine neue Gründerzeit ermöglichen**

419 Viele **kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)** treiben den ökologischen Wandel  
voran

420 und schreiben schon heute mit grünen Ideen schwarze Zahlen. Sie schaffen neue Arbeitsplätze,  
421 die auch morgen noch bestehen. Wir wollen sie mit einem steuerlichen Forschungsbonus  
422 unterstützen, die Chancen von ressourcensparenden und emissionsarmen Produkten und  
Verfahren

423 zu nutzen und sie mit einfacheren Abschreibungsregeln, Vereinfachungen bei der Umsatzsteuer  
424 und guten Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen entlasten. In Strukturwandelregionen  
425 wollen wir die **regionale Wirtschaftsförderung stärken**, damit es lokal ansässigen  
Unternehmen

426 schnell gelingt, den neuen Marktanforderungen gerecht zu werden. Gerade die kleinen und  
427 mittleren Unternehmen im **Handwerk** sind unverzichtbar. Sie realisieren die Energiewende,  
428 sorgen für fachgerechte Wärmedämmung und sind regionaler Partner für die Landwirtschaft.  
429 Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung  
430 und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe sollen bei der Ausbildung

431 und Gewinnung von Auszubildenden stärker beraten, unterstützt und begleitet werden. Durch  
432 einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** sorgen wir  
dafür, dass

433 das Handwerk auch im ländlichen Raum online ist.

434 Gründer\*innen fördern

435 Wir brauchen eine neue Gründer\*innenwelle. Keine gute Idee darf an zu wenig Eigenkapital  
436 scheitern. Wir fordern daher eine schnelle Einführung des unbürokratischen  
437 Gründungskapitals, welches Gründer\*innen einen Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro  
438 sicherstellt, unter der Voraussetzung einer Wirtschaftlichkeitsprüfung.

439 Frauen sind erfolgreiche Gründerinnen, bei Gründungen von Unternehmen jedoch  
440 unterrepräsentiert. Nur 15 Prozent der Startups in Deutschland werden laut Female Founder  
441 Monitor von Frauen gegründet. Bei einer solch niedrigen Quote entgeht Deutschland ein großes  
442 Potenzial an innovativen Unternehmen. Öffentliche Fördergelder erreichen in der Regel eher  
443 männliche als weibliche Gründer\*innen. **Wir schlagen vor, einen staatlich geförderten**  
444 **Wagniskapitalfonds zu schaffen, der sich nur an Gründerinnen richtet.** Irland hat mit  
diesem

445 Modell gute Erfahrungen gemacht. Nach einem Zeitraum von fünf Jahren sollte überprüft  
446 werden, ob der Fonds einen nachhaltigen Effekt hatte. Jede fünfte Gründerin und jeder fünfte  
447 Gründer hat eine Einwanderungsgeschichte. Für sie wollen wir ein zugeschnittenes  
448 Beratungsangebot schaffen.

449 Der Staat ist durch die öffentliche Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen ein  
450 wichtiger Impulsgeber für die Wirtschaft. Die öffentliche Hand kann durch die  
451 Auftragsvergabe eine aktive Vorbild- und Lenkungsfunktion erfüllen, eine nachhaltige  
452 Wirtschaftsweise stärken und Innovationen fördern. Wir wollen, dass Vergabeverfahren so  
453 gestalten werden, **dass der Bund im Rahmen seiner öffentlichen Auftragsvergabe und**

454 **Ausschreibungen Startups und jüngere Unternehmen, neue Technologien und innovative**

455 **Geschäftsmodelle stärker berücksichtigt.** Vergabelose sollten KMU-freundlich  
ausgeschrieben  
456 werden.

457 Wir fordern **Startup-Zentren** ähnlich der französischen Station F, die Gründer\*innen den  
458 notwendigen Arbeitsraum zur Verfügung stellen. Wir fordern zwei Jahre Befreiung von nicht  
459 unbedingt nötigen Melde- und Berichtspflichten und wollen die Gründungsberatung und  
460 -förderung aus einer Hand in „One-Stop-Shops“ ermöglichen, damit Gründer\*innen Zeit zum  
461 Gründen haben. Ausgründungen aus Hochschulen und Kooperationen von Gründer\*innen und  
462 Hochschulen sollen durch bessere Beratung und Betreuung gefördert werden, damit zum  
Beispiel

463 Labore zur Mitnutzung geöffnet werden. Die heutige Gründungsförderung ist stark auf  
464 technologieorientierte Startups zugeschnitten. Wir wollen die bestehenden Förderinstrumente  
465 neutraler ausgestalten und damit stärker als bisher zum Beispiel sozial orientierte  
466 Unternehmen oder die Kreativwirtschaft fördern.

467 Wir wollen die freiwillige **Arbeitslosenversicherung** weitgehend **für Selbständige öffnen**  
und  
468 erreichen, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige in die gesetzliche  
469 Rentenversicherung einbezogen werden. Und wir brauchen in Deutschland auch eine Kultur des  
470 Scheiterns. Das Insolvenzrecht muss so gestaltet sein, dass es schneller Neuanfänge  
471 ermöglicht.

472 Für die erfolgversprechendsten Startups wollen wir einen **Europäischen Startup-Pass**  
473 einführen. Dieser soll ihnen die Möglichkeit geben, an allen europäischen Startup-  
474 Förderprogrammen teilzunehmen und Unterstützung durch Inkubatoren zu erhalten. Sie sollen  
475 außerdem breite Unterstützung durch Informationen und Beratung zur Rechtslage und zu  
476 Patenten bis hin zu vereinfachten Visa für ausländische Mitarbeiter\*innen des Startups  
477 bekommen. Ausländischen Startups sollen neben einem Europäisches Startup-Visum auch  
Beratung  
478 und finanzielle Unterstützung angeboten werden, damit sie sich in Europa ansiedeln.

479 Verwaltung kooperativer gestalten

480 Zugleich kann die öffentliche Verwaltung innovativer und kooperativer werden. Wir fordern  
481 daher ein **deutsches GovTech-Programm** nach dänischem Vorbild. So sollen  
482 Technologieunternehmen und Startups mit innovativen Lösungen den Ministerien helfen,  
483 bestimmte Fragestellungen und Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, zu lösen.  
484 Unser Ziel ist die vollständige elektronische Abwicklung in der Verwaltung. Das spart  
485 Unternehmen, Bürger\*innen und der Verwaltung viel Zeit und Geld.

486 Bei der Regulierung soll das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gelten: Große Unternehmen  
487 können komplexe Anforderungen erfüllen, kleinere Unternehmen und den Mittelstand wollen wir  
488 gezielt entlasten. Für die Gründungsphase eines Unternehmens wollen wir bestimmte  
489 Regulierungen ganz aussetzen. **Genehmigungsverfahren** wollen wir **beschleunigen**. Wir  
werden

490 nicht nur den Unternehmen Fristen setzen, sondern verstärkt auch der Verwaltung. Verpasst  
491 die Verwaltung die Frist, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt.

492 Wagnisse ermöglichen

493 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch  
494 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.

495 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Startups und junge Unternehmen können den  
Unterschied

496 zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und einem weltweit erfolgreichen Unternehmen  
497 ausmachen.

498 **Startup-Förderung** braucht Anschubfinanzierung und eine starke Finanzierung in der  
499 Wachstumsphase. Wir wollen mit einem **öffentlichen Zukunftsfonds** eine Investitionswelle  
im

500 Venture Capital Markt auslösen. Dieser Fonds soll als eine Art stille Teilhaber\*in jungen  
501 und wachsenden Startups das nötige Eigenkapital bereitstellen. Das verhindert, dass unsere  
502 Startups auf ausländische Geldgeber angewiesen sind, aufgekauft werden und das  
503 technologische Know-how ins Ausland fließt. Wenn ausländische Konzerne ein europäisches  
504 Startup übernehmen, sollen sie einen Ausgleich für die Fördermittel zahlen, die das Startup  
505 von europäischer und nationaler Ebene bekommen hat.

506 Der Fonds soll mit Eigenkapital ausgestattet werden und sich dann weiteres Kapital günstig  
507 am Finanzmarkt leihen. Seine Gewinne sollen vollständig das eigene Kapital weiter  
508 aufstocken. Der Zukunftsfonds soll politisch unabhängig gemanagt werden. Unser unabhängig  
509 verwalteter Bürgerfonds für eine stabile und rentable Anlagemöglichkeit soll in den  
510 Zukunftsfonds investieren können und auch andere Investitionen im Venture-Capital-Bereich  
511 finanzieren können. Über die Trennung von Zukunftsfonds und Bürgerfonds verhindern wir  
512 problematische Interessenskonflikte zwischen industriepolitischen Zielen und dem  
513 Bürgerfonds.

514 Auch Crowdfunding kann – vor allem wenn reward-basiert – neue Finanzierungsquellen für junge

515 Unternehmen erschließen. Wir wollen dafür sorgen, dass öffentliche Förderungen von  
516 Gründungen und von Forschung mit Crowdfunding kombiniert werden können.

517 Gute Bedingungen für gute Ideen schafft auch der europäische Binnenmarkt mit über 500  
518 Millionen Menschen, die sich daran beteiligen. Der Wagniskapitalmarkt der EU ist derzeit in  
519 viele kleine nationale Märkte zersplittert. Wir wollen die nationalen Förderinstrumente  
520 koordinieren und abstimmen. Mittelfristig streben wir einen großen **europäischen**  
521 **Wagniskapitalfonds** an und wollen die EU zum größten Venture-Capital-Markt der Welt  
machen.

## 522 **6. Digital von der Null zur Eins werden**

523 Wir setzen uns für eine Politik der **technologischen Souveränität Europas** ein und plädieren  
524 für eine starke europäische Digitalinfrastruktur. Anstatt sich zum Beispiel bei Cloud-  
525 Diensten zwischen Amazon oder Alibaba entscheiden zu müssen, wollen wir eine eigene  
526 europäische Cloud-Infrastruktur aufbauen. Diese soll unseren Unternehmen eine effiziente und  
527 sichere Alternative zu den amerikanischen und chinesischen Anbietern sein.

528 Dabei setzen wir unsere Priorität auf die **Stärkung der europäischen Halbleiterindustrie**.  
529 Halbleiter sind im digitalen 21. Jahrhundert das, was Rohöl im analogen 20. Jahrhundert war:  
530 eine kritische Ressource. In Ostdeutschland haben wir einen der größten Standorte für die  
531 Halbleiterproduktion in Europa. Wir wollen diese Stärke stärken, indem wir die Forschung und  
532 Entwicklung von ultraeffizienten Chips fördern und den Mikroelektronik-Cluster in Dresden  
533 stärken.

534 Vielfalt und Offenheit statt digitaler Monopole

535 Die Digitalisierung hat datenbasierte Plattform-Geschäftsmodelle hervorgebracht, die eine  
536 Tendenz zum Monopol aufweisen. So erfordern es Wettbewerb und moderner  
Verbraucherschutz,  
537 dass die **Grundsätze der Interoperabilität** – wie wir sie aus dem Mobilfunk kennen – auch  
bei  
538 online-gestützten Angeboten gelten. Was heute bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich  
539 ist, muss zum Beispiel auch bei Messenger-Diensten oder sozialen Netzwerken gewährleistet  
540 werden, nämlich unkompliziert zwischen Anbietern und Plattformen kommunizieren und  
wechseln  
541 zu können.

542 Auch digitale Großkonzerne müssen sich an das europäische Ordnungsrecht halten. Deshalb  
543 setzen wir uns für eine **faire Besteuerung digitaler Großkonzerne** ein, die bisher von der  
544 Bundesregierung verhindert wird.

545 Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Dieses Prinzip, das bei Stromnetzen oder  
546 Straßen selbstverständlich ist, muss im digitalen Bereich neu ausgehandelt werden. Wenn  
547 Google seine dominierende Stellung bei Handy-Betriebssystemen oder Amazon seine beim  
Verkauf  
548 über den Marketplace ausnutzt, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Den **lokalen**  
549 **Einzelhandel** werden wir vor unfärem Dumpingwettbewerb von Amazon und Co. **schützen**.  
Ziel ist  
550 es, **privatisierte Marktplätze wieder öffentlich zugänglich zu machen**. Außerdem werden  
wir  
551 die Gebühren für Plattformen mit weitreichender Marktmacht regulieren, damit die Gewinne von  
552 kleinen Unternehmen nicht von den Plattformbetreibern abgeschöpft werden können.

553 Google und Facebook dominieren mittlerweile den Markt für Onlinewerbung. Kaum ein  
554 Unternehmen kann es sich noch leisten, nicht über sie online für die eigenen Produkte zu  
555 werben. Ein solches Oligopol muss reguliert werden. Wir wollen in Europa eine **gesetzliche**  
556 **Grundlage für Onlinewerbung** schaffen.

557 Standards für die datengetriebene Wirtschaft

558 So, wie wir mit der Datenschutzgrundverordnung unseren europäischen Rechtsrahmen in der  
559 digitalen Welt stärken konnten, an die sich andere halten müssen, wollen wir auch ethische,  
560 gesellschaftliche und sicherheitspolitische **Grundregeln für intelligente Maschinen und**  
561 **Algorithmen** auf EU-Ebene etablieren. Dazu gehören Regeln bezüglich der Haftung,  
Transparenz,  
562 Nicht-Diskriminierung und Überprüfbarkeit algorithmischer Entscheidungen sowie essentielle  
563 Cybersicherheitsstandards.

564 Wir wollen einen einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für datengetriebene  
 565 Geschäftsmodelle schaffen. Daten sind Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere  
 566 für Technologien wie die künstliche Intelligenz. Daher plädieren wir für die Bereitstellung  
 567 öffentlicher, anonymisierter bzw. pseudoanonymisierter Daten, damit dadurch neue  
 568 Innovationen und Geschäftsmodelle entstehen. **Open-Data ist eine Grundvoraussetzung,**  
 damit  
 569 europäische Unternehmen etwa bei künstlicher Intelligenz noch zum Silicon Valley  
 570 aufschließen können. Die Bundesregierung muss bei Innovationen und neuen technologischen  
 571 Lösungen im Bereich des öffentlichen Sektors vorangehen. Dafür muss sie auch die bei  
 572 öffentlichen Stellen erfassten Daten in einer datenschutzkonformen Weise (anonymisiert) der  
 573 Allgemeinheit zur Verfügung stellen. So können Startups, Unternehmen und  
 574 Forschungseinrichtungen diesen Datenschatz für die Entwicklung innovativer Technologien  
 575 nutzen. „Sharing is Caring“ gilt an dieser Stelle ganz besonders.

576 „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“ gilt auch für Unternehmen. Wir wollen  
 577 eine Datenökonomie stärken, die nach diesem Prinzip organisiert ist. Dafür wollen wir  
 578 Definitionen von Normen, Standards und Schnittstellen zum Datenaustausch zwischen  
 579 Unternehmen, Forschungseinrichtungen und öffentlicher Hand zur **kooperativen**  
**Datennutzung**  
 580 fördern. Mit der Macht über Daten werden heute Monopolstellungen geschaffen. Wir wollen  
 581 gesetzlich regeln, welche Daten als öffentliches Gut anzusehen sind.

582 IT für grüne Ziele nutzen

583 Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um Ökonomie und Ökologie weiter zusammenzuführen.  
 Die  
 584 Digitalisierung schafft enorme Chancen für Ökoeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Dafür  
 585 wollen wir ein EU-Förderprogramm, das sich exklusiv dem **ökologischen Potenzial der**  
 586 **Digitalisierung** widmet und die Ökoeffizienz in Unternehmen fördert. Die Digitalisierung kann  
 587 zum ökologischen Umbau unserer Gesellschaft beitragen. Wenn wir nicht handeln, besteht aber  
 588 das Risiko, dass die Digitalisierung zum Treiber von Klimakrise und Umweltzerstörung wird.  
 589 Derzeit werden wertvolle Rohstoffe zunehmend für die Digitalisierung gebraucht und der  
 590 Energiebedarf für digitale Prozesse wächst jedes Jahr massiv. Expert\*innen zufolge wird der  
 591 digitale Energiebedarf bis zum Jahr 2040 die weltweite Energieproduktion übersteigen, wenn  
 592 wir nicht umsteuern.

593 Wir wollen als Teil der Energiewende **energiearme IT-Technik** voranbringen und eine  
 594 europäische „Green-IT“-Strategie auflegen. Darüber hinaus setzen wir uns für „Green-IT“-  
 595 Kriterien bei der öffentlichen Vergabe und ein Label für energieeffiziente, nachhaltige  
 596 Rechenzentren ein. Denn gerade die Digitalisierung bietet auch ein erhebliches Potenzial für  
 597 den Klimaschutz und zur Einsparung von Treibhausgasen und Ressourcen.

598 Allein durch die Digitalisierung könnten die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 gegenüber  
 599 jetzigen Prognosen um 20 Prozent sinken. Studien gehen von 15 bis 20 Prozent  
 600 Energieeinsparung durch Gebäude-Klimamanagementsysteme aus. Um 25 bis 30 Prozent  
 könnte der  
 601 Energieverbrauch der Industrie durch IT-gesteuerte Prozessoptimierung sinken, indem  
 602 Maschinen intelligent miteinander vernetzt werden. Dieses Potenzial wollen wir konsequent  
 603 nutzen.



Bei großen Unternehmen ist es längst selbstverständlich, dass Videokonferenzen in vielen Fällen Reisen per Bahn oder Flugzeug ersetzen. Das spart Zeit und Kosten, entlastet die Mitarbeitenden und schont zugleich die Umwelt. Mit den selbstfahrenden Autos von morgen bietet sich durch Vernetzung, Carsharing und zusätzlich flexible öffentliche Nahverkehrsangebote gerade im ländlichen Raum die Chance, viele Privatfahrten im Auto zu ersetzen. Die Digitalisierung kann die Energiewende in Form intelligenter Netze unterstützen oder dabei helfen, Transportketten zu optimieren und etwa Leerfahrten zu verhindern.

## Cybersicherheit für die Industrie

Es braucht dringend ein umfassendes Paket zur Stärkung der Cybersicherheit unserer Industrie. Dies umfasst die Einrichtung eines **europäischen Forschungsverbunds für Cybersicherheit**, in dem das Nationale Forschungszentrum in Darmstadt integraler Teil wird, um die Entwicklung von Technologien und industriellen Fähigkeiten im Bereich der Cybersicherheit zu fördern. Außerdem wollen wir ein in allen Mitgliedstaaten anerkanntes EU-weites Zertifizierungssystem für Produkte und Dienstleistungen sowie umfassende Beratungsangebote einführen.

## 7. Die Technik von morgen entwickeln

Um den Wirtschaftsstandort Deutschland in die Zukunft zu führen, müssen wir auch für Forschung und Entwicklung die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Technologiedurchbrüche, Innovation und Neues entstehen nicht allein in Forschungsabteilungen, Vorstandsebenen oder Regierungsagenturen. Sie entstehen in **Ökosystemen**. Es geht darum, Kooperationen zu fördern, die Arbeit in isolierten Fach-Communities aufzubrechen, Wissen zu teilen und von der Erfindung nahtlos in die Umsetzung zu kommen. Wir fordern daher **mehr interdisziplinäre Forschungsplattformen**, an denen sich insbesondere Hochschulen, freie Forschungsinstitute, zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen beteiligen können. Darüber hinaus sind Reallabore und Experimentierräume in der Forschung notwendig, damit bahnbrechende neue Technologien auch gleich in der Umsetzung getestet werden können. Um diese zu fördern, schlagen wir eine eigene Förderlinie vor.

Alle heute genutzten Technologien beruhen auf öffentlicher Grundlagenforschung. Auch in Europa und Deutschland sollte die öffentliche Hand massiv investieren, gerade da, wo Märkte versagen: bei risikoreicher Forschung, öffentlicher Infrastruktur, Sprunginnovationen. Für diese Jahrhundertaufgabe müssen deutsche und europäische Förderprogramme ambitionierter, risikofreudiger und agiler werden. Es geht uns dabei um einen gezielt agierenden, proaktiven und **unternehmerischen Staat**, der unternehmerisches Risiko eingeht und als **Leadinvestor** ein

innovationsfreundliches Umfeld auch für private Unternehmen und ihre Ideen schafft.

## In Zukunftstechnologien und digitale Infrastruktur investieren

Europäische Kooperation ist die Grundvoraussetzung, um auf den Technologiemarkten des 21. Jahrhunderts mithalten zu können. Wir wollen deswegen wieder intensiv in den Wissens- und Innovationsstandort Europa investieren und die Mittel des **kommenden europäischen Forschungsrahmenprogramms auf 120 Milliarden Euro** aufstocken. Damit wollen wir ein schlagkräftiges Nachfolgeprogramm zu „Horizon 2020“ etablieren, das besonders die Grundlagenforschung in wirtschaftlichen Schlüsselfeldern wie der künstlichen Intelligenz, der Robotik, Quantentechnologie sowie der Bio- und Nanotechnologie fördert.

Es bleibt daher ein Fehler, dass die Bundesregierung die Vorschläge vom französischen Präsidenten, eine **europäische Agentur für Sprunginnovationen und ein deutsch-französisches**

**KI-Zentrum** zu etablieren, nicht angenommen und ernsthaft verfolgt hat. Stattdessen hat die große Koalition eine allein national ausgerichtete Agentur für Sprunginnovationen etabliert. Wir fordern, dass diese nun zumindest mit den europäischen Institutionen und Initiativen eng verzahnt wird. Auch sind die geplanten 500.000 Euro Förderung für ein virtuelles deutsch-französisches KI-Netzwerk viel zu wenig, um die besten Forscherinnen und Forscher zusammenzubringen und tatsächlich Synergien zu etablieren.

**Schnelles Netz** ist die Grundlage für alles – Industrie, Mobilität, Landwirtschaft, digitale Verwaltung, Teilhabe, ökonomischer Erfolg. Für Unternehmen ist der Breitbandausbau eine harte Standortfrage. Und oftmals sind es gerade die ländlichen Regionen, die von schnellem Internet abgehängt sind. Von der flächendeckenden Grundversorgung, die die Bundesregierung versprochen hatte, sind wir weit entfernt. Für die digitale Infrastruktur Glasfaser und 5G-Mobilfunk gibt es erhebliche Investitionslücken. Damit der Glasfaserausbau schneller vorankommt, brauchen wir eine solide Finanzierung. Dies wollen wir dadurch ermöglichen, dass der Bund seine Anteile an der Telekom verkauft, und sie in eine Ausbaugesellschaft für Glasfaser investieren.

Neue Wege beim Urheberrecht

Wir wollen zudem in der Forschungsförderung stärker Output-basierte Modelle erproben und beispielsweise Prämien für die Lösung von Zukunftsfragen öffentlich ausloben. Ferner wollen wir eine weitgehende Verfügbarkeit von Basisinnovationen ermöglichen und dafür Open-Source-Lösungen fördern. Wer sich verpflichtet, seine Forschungsergebnisse gebührenfrei der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, erhält im Gegenzug großzügigen Zugang zu Fördermitteln. Ein Beispiel, wie eine solche **gemeinwohlorientierte Lizenzierung** gestaltet werden kann, sind die Creative Commons Lizenzen, die seit Jahren erfolgreich die Rechte von Urheber\*innen waren und gleichzeitig Inhalte für andere zugänglich und nutzbar machen.

Auch dem Mittelstand wollen wir den Weg frei machen für eine Investitionsoffensive in Forschung, Entwicklung und Innovation. Wir wollen die steuerliche Förderung bei Forschung und Entwicklung nicht wie die große Koalition auch Großkonzernen gewähren, sondern explizit den KMUs. Bei der Auftragsforschung sollen auch die Auftraggeber\*innen einen Teil des Steuerbonus geltend machen können.

## 8. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Stadt und Land

Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Stadt und Land, dass strukturschwache und wirtschaftsstarke Regionen nicht weiter auseinanderdriften. In den deutschen Kommunen klappt eine öffentliche Investitionslücke bei der Infrastruktur von 138 Milliarden Euro. So viel Geld fehlt in Kitas, Straßen, Brücken oder Spielplätzen, allein um die Substanz zu erhalten. Viele Kommunen können das nicht finanzieren. Damit werden wir unserer Verpflichtung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen nicht überall im Land gerecht, was vor allem strukturschwache Regionen, gerade in Ostdeutschland, betrifft.

Eine **neue Gemeinschaftsaufgabe „regionale Daseinsvorsorge“** soll dem Bund erlauben, strukturschwache Regionen finanziell zu unterstützen. Dafür wollen wir eine Kompetenzagentur schaffen, welche die Kommunen bei der Planung von Investitionen und dem Abruf von Fördermitteln unterstützt. Eine Förderung über alle Regionen hinweg führt oft dazu, dass

689 stärkere Regionen aufgrund ihrer funktionierenden Infrastruktur und Verwaltung die Mittel  
690 als erstes beantragen und bekommen, während die schwächeren Regionen dann das  
Nachsehen  
691 haben. Wir wollen die Förderung auf die wirklich strukturschwachen Regionen ausrichten. Die  
692 beste Förderung hilft nicht, wenn die Mittel nicht dort ankommen, wo sie wirksam werden  
693 sollen.

694 Wir wollen die aktuelle Förderung von ihrer Projektorientierung hin zu Prozessen ausrichten,  
695 damit Projekte vor Ort langfristig gesichert sind und das Engagement der Leute vor Ort  
696 nachhaltig gefördert wird. Daneben soll ein **Altschuldenfonds** Kommunen mit hohen  
Altschulden  
697 neue Spielräume eröffnen, indem der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, aber auch die  
698 Verantwortung der Länder zum Tragen kommt sowie berücksichtigt wird, dass einige  
699 Landesregierungen dies bereits aus eigener Kraft getan haben. Der Bund kann sich zu sehr  
700 niedrigen – momentan sogar negativen – Zinsen finanzieren, und so den Kommunen wieder Luft

701 zum Atmen verschaffen. Die **regionale Wirtschaftsförderung** wollen wir neu ausrichten und  
702 Regionen, die einen starken Strukturwandel zu bewältigen haben, mehr in den Blick nehmen.  
703 Entscheidend für die Ansiedlung von Unternehmen ist nicht der Scheck vom Staat, sondern eine

704 exzellente Infrastruktur und gut ausgebildete Fachkräfte vor Ort. Wo es keinen Datenhighway  
705 gibt, kann sich heute kein Unternehmen mehr ansiedeln.

706 Für die Lausitz hieße das zum Beispiel, dass man von den kleinen Orten schnell nach Cottbus  
707 kommen kann, und von Cottbus schnell mit der Bahn nach Berlin. Schnelles Internet und das  
708 digitale Büro würden es mit einem Arbeitsplatz in Berlin ermöglichen, an der  
709 mecklenburgischen Seenplatte zu wohnen. Gute Bahnverbindungen würden die gelegentliche,  
710 zügige Fahrt zur Firma erlauben. Wir wollen die **regionalen Zentren stärken** und zu  
711 Ankerpunkten in den Regionen mit breitem Angebot an öffentlichen und kulturellen  
712 Dienstleistungen machen. Wir wollen auch Universitäten und Fachhochschulen ansiedeln bzw.  
713 erweitern, denn sie können einen Wissenstransfer in die lokale Wirtschaft organisieren.  
714 Gleichzeitig bringen die gut ausgebildeten Studierenden eigene Geschäftsideen mit oder sind  
715 künftige Fachkräfte für die lokale Wirtschaft. So kann es auch gelingen, junge Zugewanderte  
716 zu motivieren, etwa in die Uckermark oder nach Ostsachsen zu ziehen.

## 717 **9. Mit einer gemeinsamen Industriestrategie die Stärke des europäischen Binnenmarktes nutzen**

718 Der Kern einer guten Industriepolitik liegt in der Stärkung der eigenen Innovationskraft,  
719 nicht in der Abwehr von Konkurrenz. Trotzdem ist es wichtig, dass Deutschland und Europa  
720 faire Regeln entwickeln und diese dann nach innen und außen durchsetzen.

721 Der **europäische Binnenmarkt** ist der größte gemeinsame Wirtschaftsraum der Welt. Kein  
großes  
722 globales Unternehmen kann es sich leisten, auf diesem riesigen Markt nicht vertreten zu  
723 sein. Den Europäischen Binnenmarkt müssen wir nutzen, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit  
und  
724 faire Spielregeln zu stärken, anstatt uns von nationalen Interessen auseinanderdividieren zu  
725 lassen.

726 Wer auf dem europäischen Markt mitspielen will, muss den europäischen Regeln folgen. Mit der  
727 Datenschutzgrundverordnung haben wir gezeigt, wie das geht. Entweder halten sich  
Unternehmen  
728 daran, oder ihnen wird der Zugang zum Markt verwehrt. Mittlerweile macht die DSGVO  
729 international Karriere.

730 Die Europäische Union muss dafür als starke und geeinte Akteurin gemeinsame Standards für  
731 eine zukunftsfähige Wirtschaft entwickeln – statt Empfängerin der strategischen  
732 Entscheidungen anderer zu sein. Wenn die USA auf einen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus  
733 und China auf autoritären Staatskapitalismus setzt, dann müssen wir uns nicht entscheiden,  
734 sondern darauf eine europäische Antwort geben: mit einem **Green New Deal für die sozial-  
735 ökologische Marktwirtschaft.**

736 Europa braucht eine **gemeinsame Industriepolitik**, deren Kern in der Stärkung der eigenen  
737 Innovationskraft und der Durchsetzung von fairen Spielregeln für die Wirtschaft liegt – nach  
738 innen wie nach außen. Ihre Ziele und Instrumente sollen sich an der Notwendigkeit einer  
739 sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft orientieren. So kann der europäische  
740 Binnenmarkt, auch aufgrund seiner Größe, zum Leitmarkt für die Welt werden.

741 Eine Industriestrategie zur Stärkung von Innovation und Nachhaltigkeit

742 **Eine Industriestrategie** muss in erster Linie Innovationen in Deutschland und Europa aktiv  
743 vorantreiben, zum Beispiel durch ordnungspolitische Leitplanken und öffentliche Aufträge,  
744 welche die Nachfrage nach neuen Technologien stimulieren. Sie soll dabei insbesondere auch  
745 den ökologischen Wandel der Wirtschaft unterstützen, durch Maßnahmen wie eine langfristige  
746 Klimaschutzstrategie, einen europaweiten CO2-Mindestpreis, oder die Förderung industrieller  
747 Leuchtturmprojekte mit dem Ziel, Treibhausgasemissionen in den energieintensiven Branchen  
748 abzubauen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass sich nachhaltige Investitionen  
749 auszahlen und nicht benachteiligt werden. Auch die europäischen Investitionsprogramme  
müssen  
750 auf Nachhaltigkeit getrimmt werden.

751 Eine Industriestrategie soll auch dafür sorgen, dass europäische Kräfte bei künstlicher  
752 Intelligenz gebündelt werden und öffentliche Investitionen in europäische Gemeingüter  
753 getätigt werden, wie in die Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur.  
754 Rechtswidriger Steuerumgehung und Steuerbetrug erteilen wir eine Absage, denn auch  
755 Unternehmen müssen sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.  
756 Auch gerechte Arbeitsbedingungen, Mindeststandards bei der sozialen Absicherung und eine  
757 europäische Rückversicherung für die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme müssen Teil

758 einer solchen sozial-ökologischen Industriestrategie sein.

759 Wettbewerbsverzerrungen bekämpfen

760 Gegenüber staatlich subventionierten Monopolisten aus China und unregulierten  
761 Digitalkonzernen aus den USA muss eine europäische Industriestrategie fairen Wettbewerb auf  
762 dem europäischen Markt sicherstellen, zum Beispiel durch eine Weiterentwicklung der Anti-  
763 Dumping- und Anti-Subventionsinstrumente, eine Reform der WTO und eine Schärfung der  
Regeln

764 im Kartellrecht. Auch muss die Europäische Union Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlichen  
765 Aufträgen stärker ahnden können. Ein Weg könnte sein, im Vergaberecht die Möglichkeiten zu

766 schaffen, Angebote aus Ländern, die ihre Firmen subventionieren, mit einem Aufschlag zu  
767 versehen und auch bei Nicht-EU-Bietern hohe Arbeits- und Umweltstandards zu berücksichtigen.

768 Mittelfristig sollte das Prinzip der Gegenseitigkeit (Reziprozität) für Drittstaaten gelten,  
769 damit es zu gleichen Wettbewerbsbedingungen kommen kann.

770 Kontrolle über kritische Infrastruktur

771 Ausländische Direktinvestitionen in **Schlüsseltechnologien und kritische Infrastruktur**  
772 sollten besser überwacht werden. Der neue europäische Screening-Mechanismus für  
773 Direktinvestitionen sollte in die deutsche Außenwirtschaftsordnung integriert und konsequent  
774 angewandt werden. Denn wenn wir keine Kontrolle mehr über unsere kritische Infrastruktur  
775 haben, haben wir ein riesiges Sicherheitsproblem, sind abhängig und im schlimmsten Fall  
776 erpressbar.

777 Mit Blick auf die konkret anstehende Entscheidung zu 5G halten wir einen **Ausschluss von**  
778 **Huawei** angesichts der chinesischen Rechtslage für unabdingbar. Viele kleinere europäische  
779 Länder sind abhängig davon, wie Deutschland sich entscheidet. Zwar mag der Ausbau der  
780 deutschen 5G-Netze durch Huawei kostengünstiger und schneller sein als durch europäische  
781 Anbieter. In der Abwägung zwischen Fragen der wirtschaftlichen und technologischen Effizienz  
782 und der außen- und sicherheitspolitischen Dimension einer solchen Entscheidung kommen wir  
783 aber zu dem Schluss, dass die politische Einflussnahme und die bereits stattfindende  
784 Spaltung Europas durch China nicht weiter zunehmen darf. Es geht auch darum, die  
785 sicherheitsrelevante Infrastruktur nicht dem Zugriff eines Konzerns in einem autoritären  
786 Staat zu überlassen. Und es wird auch über unsere wirtschaftliche Zukunft entscheiden, in  
787 Europa noch Unternehmen zu haben, die in der Lage sind, die Technologien der Zukunft zu  
788 bauen. Die Entwicklung von digitalen Standards ist systemrelevant.

789 Regulatorische Macht für sozial-ökologische Ziele

790 Auch global sollten wir Europäer\*innen Regeln setzen und dazu unser gesamtes europäisches  
791 Schwergewicht in die Waagschale werfen. Wer in Europa Produkte verkaufen will, muss fair  
792 produzieren. Die Produktion muss im Einklang mit den Klimazielen von Paris stattfinden.  
793 Menschen- und Arbeitsrechte und der Schutz der Umwelt müssen geachtet werden. Dafür  
braucht

794 es Handelsabkommen, die ökologische und soziale Standards gegenüber Handelspartnern  
795 einklagbar machen und ein **Lieferkettengesetz**, das Transparenz und menschenrechtliche  
796 Sorgfaltspflichten für Unternehmen rechtsverbindlich macht. Wir wollen den Einsatz neuer  
797 Technologien fördern, die die Zwischenstufen im Produktionsprozess nachvollziehbar machen.  
798 So verhindern wir zum Beispiel, dass bei uns Produkte verkauft werden, deren Vorprodukte mit  
799 Kinderarbeit in Afrika hergestellt wurden.

800 Den Euro zur Leitwährung machen

801 Die wirtschaftliche Stärke Europas wird zentral davon abhängen, ob wir die **Währungsunion**  
802 **vollenden**. Eine Währungsunion ohne makroökonomische Ausgleichsmechanismen kann nicht  
803 funktionieren. Daher wollen wir eine **gemeinsame europäische Fiskalpolitik** für die  
Eurozone,

804 die im Abschwung beherzt gegensteuern, die Wirtschaft stabilisieren und europäische  
805 Gemeingüter finanzieren kann. Diese Fiskalpolitik könnte sich auch über europaweite Steuern  
806 wie eine Digitalkonzernsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder eine europäische

807 Körperschaftsteuer finanzieren. Investitionen des gemeinsamen Haushalts sollten für  
 808 europäische Gemeingüter wie den Klimaschutz, den Ausbau der erneuerbaren Energien,  
 809 Kommunikation und Internet oder die Schieneninfrastruktur eingesetzt werden. Ein  
 810 Eurozonenbudget, das stabilisiert und investiert, sollte mindestens ein Prozent des BIP der  
 811 teilnehmenden Staaten umfassen, um makroökonomisch wirksam zu sein.

812 Kaum ein Land in der EU profitiert so stark von der gemeinsamen Europäischen Währung.  
 813 Anstatt sich als Exportnation zu feiern, sollte Deutschland zum Wohle und Wohlstand aller  
 814 daher besonders in die Stärkung der Eurozone investieren. Für den Ausbau der paneuropäischen

815 Infrastruktur wie zum Beispiel grenzüberschreitender Strom- oder Bahnnetze macht es Sinn,  
 816 **gemeinsame europäische Anleihen** zu schaffen, über die ein Teil dieser Investitionen im  
 817 Rahmen des EU-Haushalts über Kredite finanziert werden kann. Mit einem großen Markt für  
 818 liquide europäische Anleihen kann es uns gelingen, den **Euro zu einer Leitwährung** zu  
 819 machen,  
 was den globalen ökonomischen und politischen Einfluss der Union massiv stärken würde.

820 Den Europäischen Rettungsschirm ESM wollen wir zu einem vollwertigen **Europäischen**  
 821 **Währungsfonds** weiterentwickeln, im EU-Recht verankern und der demokratischen  
 Mitbestimmung  
 822 und Kontrolle durch das Europäische Parlament unterwerfen. Wir brauchen eine **gemeinsame**  
 823 **europäische Einlagensicherung**. Sie soll als Rückversicherung ausgestaltet sein, damit die  
 824 europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist. Die deutschen  
 825 Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten  
 826 Institutssicherungssysteme setzen.

827 Für einen **Ausgleich von makroökonomischen Ungleichgewichten** innerhalb Europas und  
 zur  
 828 Stärkung der europäischen Nachfrage muss Deutschland aktiv seinen überbordenden  
 829 Leistungsbilanzüberschuss reduzieren und den europäischen Partnern mehr Luft zum Atmen  
 830 lassen, und darf nicht zu einer einseitigen und spaltenden Sparpolitik zurückkehren. Um dies  
 831 zu erreichen wollen wir in Deutschland für faire Löhne besonders am unteren Ende der  
 832 Einkommensskala sorgen und die Investitionen hochfahren.

## 833 **10. Fairer Wettbewerb statt Machtwirtschaft**

834 Wettbewerb ist Grundlage der Marktwirtschaft und Motor des Fortschritts. Ein starkes  
 835 Kartellrecht, das fairen Wettbewerb sichert und die Konzentration wirtschaftlicher Macht  
 836 begrenzt, ist nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für das Funktionieren der  
 837 Demokratie wesentlich. Es hält Märkte offen und sorgt dafür, dass sich die beste Idee  
 838 durchsetzt und nicht stets der Platzhirsch. Fehlt der Wettbewerb, können Monopolisten hohe  
 839 Gewinne auf Kosten der Verbraucher\*innen machen und Startups in ihrer Entwicklung  
 behindern.

840 Eine exzessive Marktkonzentration geht einher mit der Konzentration von Vermögen und erhöht  
 841 die Ungleichheit. Und wer Märkte kontrolliert, kann auch politische Kontrolle ausüben und  
 842 Spielregeln mitbestimmen.

843 **Das Wettbewerbsrecht braucht ein Update.** Digitale Geschäftsmodelle ändern  
 844 Geschäftsbeziehungen und Wettbewerbsdynamik. Nutzer\*innen zahlen für viele Dienste im  
 845 Internet nicht mit Geld, sondern mit Daten. Netzwerkeffekte machen einzelne Plattformen zu

846 Giganten mit riesigen Datenschätzen. Ihre Marktmacht können sie missbrauchen, um  
847 Datenschutzbestimmungen abzusenken, Geschäftspartner\*innen Preise zu diktieren oder  
848 Konkurrent\*innen auszubooten.

849 Wir wollen marktbeherrschende **digitale Plattformen streng regulieren**. Wenn sie anderen  
850 Firmen den Marktzugang verwehren oder absurde Konditionen verlangen, müssen die  
851 Kartellbehörden hart dagegen vorgehen. Damit die europäische Wettbewerbspolitik den  
852 Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, brauchen wir ein **eigenständiges,**  
853 **europäisches Kartellamt** mit angemessenen Mitteln und Personal. Dieses Kartellamt soll  
auch  
854 als **europäische Digitalaufsicht** fungieren, die natürliche digitale Monopole und Oligopole  
855 regulieren kann.

856 Heute muss die Kartellaufsicht den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung  
nachweisen,  
857 um ein Unternehmen entflechten zu können. Das ist in der Regel kaum möglich. Wir treten  
858 daher dafür ein, dass Unternehmen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten  
werden  
859 können, wenn ihre Marktmacht zu groß und zum Problem für Wirtschaft und Gesellschaft wird.  
860 Das Facebook-Monopol ist beispielsweise so ein Fall. Wir wollen **Instagram, Facebook und**  
861 **WhatsApp wieder entflechten**. Indem wir die Grundsätze der Interoperabilität, wie sie heute  
862 bei Telefon, SMS und Mail selbstverständlich sind, auf Messenger-Dienste übertragen, wollen  
863 wir den Markteintritt neuer Anbieter erleichtern und den Wettbewerb um die besten  
864 Datenschutzbestimmungen entfachen.

865 Wir Grüne wollen, dass das Wettbewerbsrecht im Sinne der europäischen Verträge angewandt  
866 wird. Umweltschutz und die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung müssen dabei  
867 berücksichtigt werden. Die Fusionen von Bayer und Monsanto sowie weiterer  
Agrochemiekonzerne  
868 sind zum Beispiel nicht nur für den Wettbewerb problematisch, sondern auch für die Umwelt.  
869 Fehlende Sortenvielfalt, Pestizideinsatz und Artensterben sind die Folgen.

870 Wer fairen Wettbewerb will, muss **Foulspieler\*innen vom Platz stellen**. Der Abgasskandal  
hat  
871 einmal mehr gezeigt, wie Unternehmen versuchen, fairen Wettbewerb durch Betrug zu  
umgehen.

872 Wir Grüne wollen solch gemeinwohlschädliches Verhalten strikt ahnden. Wir wollen eine  
873 gesetzliche Regelung, welche die bessere Verfolgung und Sanktionierung von Straftaten  
874 ermöglicht, die aus Unternehmen heraus begangen werden. Dabei muss der Staat seine Rolle  
als  
875 fairer Schiedsrichter auch wahrnehmen. Der Abgasskandal ist auch ein Beispiel dafür, dass er  
876 das nicht immer tut – denn er wurde erst durch die jahrelange Kumpanei von Autoindustrie,  
877 Aufsichtsbehörden und Politik möglich. Und um den Einfluss von Lobbyist\*innen und  
878 Interessengruppen auf den Bundestag offenzulegen, wollen wir ein **verpflichtendes**  
879 **öffentliches Lobbyregister** einrichten.

880 Bisher gibt es in Deutschland und Europa keine finanziellen Entschädigungen für die vom  
881 Dieselskandal Betroffenen. Für Einzelne ist es oft viel zu schwer, das geltende Recht auch  
882 zur Geltung zu bringen. So weigern sich etwa Fluggesellschaften, Entschädigungsansprüchen  
883 nachzukommen. Auch auf unseren Druck hin ist es gelungen, in Deutschland erstmals

884 Musterfeststellungsklagen zu ermöglichen. Sie sind aber unzureichend, denn immer noch muss  
885 jede\* Betroffene einzeln klagen. Daher wollen wir endlich Gruppenklagen ermöglichen, um das  
886 Prozessrisiko auf viele Schultern zu verteilen.

## 887 **11. Faire Welthandels- und Währungsordnung schaffen**

888 Uns geht es um eine **Re-Regulierung der Globalisierung**. Die vergangenen Jahre haben  
gezeigt:

889 Eine unregulierte Globalisierung führt zur Ausbeutung von Menschen und Umwelt und  
890 beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Die Wohlstandsgewinne aus  
891 internationalem Handel sind ungleich verteilt. Rechtsextremisten und Nationalisten benutzen  
892 die berechtigte Kritik an einer neoliberalen Globalisierung, um einen Rückfall in den  
893 Nationalismus zu propagieren. Das ist die falsche Antwort. Wir stellen eine freiheitliche  
894 und weltoffene Antwort dagegen. Richtig genutzt kann eine gute Handelspolitik Umweltschutz,  
895 Klimaschutz, Menschenrechte, Arbeitnehmer\*innenrechte und Wirtschaftsinteressen in Balance  
896 bringen. Und so die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten, im globalen Süden  
897 Gerechtigkeit schaffen und Demokratieverdrossenheit bekämpfen.

898 Doch hierfür brauchen wir eine **Neuausrichtung der EU Handelspolitik**. Das Mercosur-  
Abkommen,  
899 das die EU unter anderem mit Brasilien abschließen will, ist das letzte fatale Beispiel  
900 einer Agenda, die Liberalisierung, Deregulierung und hochproblematische  
901 Konzernschiedsgerichte in den Mittelpunkt von Verträgen wie schon bei TTIP, CETA oder JEFTA  
902 stellt, jedoch keine effektiven Schutzmechanismen für Klima, Umwelt, Menschenrechte,  
903 Arbeitnehmer\*innen und Verbraucher\*innen enthält. Der brennende Amazonas führt uns diese  
904 fatale Logik mehr als deutlich vor Augen, denn die zwischen der EU und den Mercosur-Staaten  
905 vereinbarten Handelserleichterungen für Soja und Rindfleisch wirken für den Regenwald wie  
906 ein Brandbeschleuniger. Wir wollen deshalb einen **Importstopp von Agrarprodukten aus**  
907 **gerodeten Gebieten des Amazonas sowie von Palmöl aus dem indonesischen**  
**Regenwald**.

908 Mittlerweile wird auch immer mehr europäischen Regierungen klar, dass die  
909 Nachhaltigkeitsklauseln im Abkommen zahnlos sind und für das Klima, den Regenwald und die  
910 dort heimischen Indigenen keinen ausreichenden Schutz bieten, da es keinen wirkungsvollen  
911 Sanktionsmechanismus gibt, durch den Handelserleichterungen zurückgenommen werden  
könnten.

912 **Wir Grüne lehnen dieses Abkommen wie auch CETA und JEFTA in ihrer bisherigen**  
**Form ab**, denn

913 trotz einzelner Verbesserungen erfüllen sie die Bedingungen an fairen Handel nicht.  
914 Stattdessen ist es an der Zeit für ein **Bündnis für fairen Handel** – aufbauend auf den  
915 Korrekturen, die es nach der umfassenden Kritik gerade auch der Zivilgesellschaft bereits  
916 gegeben hat und die auch einige europäische Regierungen zum Umdenken gebracht haben.

917 Die EU sollte dabei nicht wie bisher auf ein Sammelsurium bilateraler Handelsverträge  
918 setzen, sondern auf einen **gemeinsamen plurilateralen Vertrag** all derjenigen Staaten, die  
919 bereit sind, Handel fair, offen und ökologisch sowie die Globalisierung gerecht zu  
920 gestalten. Der Fokus muss auf diskriminierungsfreien Marktzugängen und Zollerleichterungen  
921 liegen. Starke Regeln für faire Märkte gehören dabei zum Kern des Abkommens. Das beinhaltet  
922 zentrale internationale Abkommen wie die ILO-Kernarbeitsnormen oder das Pariser  
923 Klimaschutzabkommen. Handelserleichterungen könnten somit auch wieder aufgehoben



werden,

924 wenn ein Handelspartner zum Beispiel den Klimavertrag von Paris aufkündigt oder dessen Ziele  
925 nicht einhält. Das gleiche gilt für den Verstoß gegen Menschenrechte und auch für die Nicht-  
926 Einhaltung von Mindeststandards für Umwelt und Arbeit.

927 Das **Vorsorgeprinzip** wollen wir zum Schutz von Umwelt und Verbraucher\*innen für alle Teile  
928 von Handelsverträgen geltend machen. Parlamente dürfen durch Regeln zur regulatorischen  
929 Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder geschwächt werden. Faire  
930 Handelspolitik lässt den Staaten, Regionen und Kommunen Freiräume, um Dienstleistungen so  
zu

931 organisieren und zu regulieren, wie sie das für richtig halten.

932 Statt einseitiger Sonderklagerechte für private Investoren (ISDS/ICS) setzen wir uns für  
933 einen **ständigen internationalen Handelsgerichtshof** ein, vor dem auch Betroffene klagen  
934 können, wenn Unternehmen gegen grundlegende Menschenrechte, Sozial- oder  
Umweltstandards  
935 verstoßen.

936 Lieferkettengesetz einführen

937 Damit Menschenrechte und Umwelt in internationalen Lieferketten nicht länger unter die Räder  
938 geraten, wollen wir gesetzliche Regeln zu Transparenz und Sorgfaltspflichten für Unternehmen  
939 einführen. Das beinhaltet, dass die EU nachvollziehbare entwaldungsfreie Lieferketten  
940 verbindlich durchsetzt. So kann bei Bruch von internationalen Verträgen und Verpflichtungen  
941 ein Importstopp von Agrarprodukten wie zum Beispiel für Soja und Rindfleisch aus gerodeten  
942 Gebieten des Amazonas verhängt werden. In der öffentlichen Beschaffung sollte Deutschland  
943 mit gutem Beispiel voran gehen und nur noch Produkte aus nachweislich entwaldungsfreien  
944 Lieferketten einkaufen.

945 Und wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich endlich aktiv am Prozess der  
946 Vereinten Nationen zur Erreichung eines völkerrechtlichen Abkommens (UN Binding Treaty  
947 Prozess) beteiligt, mit dem transnationale Konzerne und andere Wirtschaftsunternehmen für  
948 Menschenrechtsverstöße zur Verantwortung gezogen werden sollen.

949 Handel nicht auf Kosten der Ärmsten

950 Handel ist ein wichtiger Motor von Entwicklung, wenn er läuft. Damit er aber anspringt, kann  
951 es nötig sein, einzelne Sektoren durch Handelsbarrieren zu schützen, bis sie konkurrenzfähig  
952 sind. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) sind dafür kontraproduktiv. Wir wollen  
953 Entwicklungsländern genügend Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen.  
954 Gleichzeitig fordern wir, dass die EU ihre Zölle auf verarbeitete Produkte aus  
955 Entwicklungsländern senkt oder abschafft, um die Produktion vor Ort zu fördern. Wir wollen  
956 die regionale Integration von Entwicklungsländern fördern. Und wir bevorzugen die  
957 Welthandelsorganisation und multilaterale Abkommen gegenüber bilateralen  
Handelsabkommen, da

958 die Interessen insbesondere ärmerer Länder ansonsten drohen, unter die Räder zu geraten.

959 Entwicklungschancen für rohstofffördernde Länder

960 Bei Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung von Bodenschätzen geht es auch um  
961 Entwicklungschancen für die rohstofffördernden Länder. Der überproportionale Verbrauch von  
962 Rohstoffen in den Industrieländern gibt uns nicht das Recht auf überproportionalen Zugang.

963 Nur eine faire Verteilung gewährleistet auch eine langfristig friedliche Zukunft. Daher  
 964 setzen wir auf **internationale und kooperative Lösungsansätze**. Häufig geht der Abbau  
 von  
 965 Rohstoffen mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen einher. Die EU-Verordnung zu  
 966 Konfliktmineralien tritt 2021 in Kraft und ist ein wichtiger Schritt, um den schlimmsten  
 967 Verbrechen Einhalt zu gebieten. Wir setzen uns dafür ein, die Verordnung auszuweiten, denn  
 968 bisher sind nur vereinzelte Rohstoffe abgedeckt. Gleichzeitig ergeben sich auch Vorteile,  
 969 wenn der Zugang zu und der Handel mit Rohstoffen stabil und langfristig ist. Voraussetzung  
 970 dafür ist, dass die menschenrechtlichen, sicherheits-, umwelt- und demokratiepolitischen  
 971 Konsequenzen mitberücksichtigt und dafür jeweils Standards geschaffen werden. Diese müssen  
 972 auf verschiedenen Ebenen ansetzen: im Herkunftsland, bei Investor\*innen und Unternehmen,  
 im  
 973 Verbraucherland und auf internationaler Ebene.

974 Sichere und stabile Weltwährungsordnung schaffen

975 Nachdem in den 1970er Jahren das internationale Währungssystem „Bretton Woods“  
 aufgekündigt  
 976 wurde – es regelte die internationalen Finanz- und Wechselkursbeziehungen – waren die  
 977 Staaten nicht bereit, eine neue gemeinsame Ordnung zu etablieren. Stattdessen ließen die  
 978 großen Industrienationen ihre Wechselkurse weitgehend frei schwanken und die internationalen  
 979 Finanzinstitutionen setzten sich für einen unbeschränkten internationalen Kapital- und  
 980 Finanzverkehr ein. Regelmäßige Währungs- und Finanzkrisen haben seitdem die Welt  
 erschüttert  
 981 und vor allem weniger entwickelte Länder wurden durch spekulative Kapitalflüsse in ihrer  
 982 Entwicklung immer wieder zurückgeworfen. Gleichzeitig sind die globalen  
 983 Handelsungleichgewichte explodiert und stellen einen neuen Herd der Instabilität dar. Wir  
 984 wollen international **im Rahmen der G20 eine Diskussion über ein neues System**  
**stabilisierter**  
 985 **Wechselkurse anregen**. In der Überzeugung, dass wir so Spekulation eindämmen,  
 Entwicklung und  
 986 Handel fördern und Handelsungleichgewichte abbauen könnten.

987 **Für die ärmsten Länder der Welt** ist die öffentliche Entwicklungsfinanzierung zentral. Wir  
 988 streben eine Weltwährungsordnung an, die es nicht nur den wohlhabenden Ländern ermöglicht,  
 989 langfristige Investitionen auch langfristig und damit verlässlich zu finanzieren. Dafür  
 990 müssen kurzfristige, spekulative Finanzströme reguliert, verteuert und notfalls auch  
 991 verboten werden. Wir müssen uns gegen spekulative Attacken auf Staaten und ihre Währungen  
 992 absichern. Dafür braucht es globale öffentliche Institutionen. Hier sind aber keine  
 993 kurzfristigen Erfolge zu erwarten. Um dennoch schnell zu einer Veränderung zu kommen, wollen

994 wir, dass die Europäische Zentralbank die Auswirkungen ihrer Politik auf Entwicklungsländer  
 995 berücksichtigt und diese unterstützt. Entwicklungsländern, die durch ungerechtfertigte  
 996 Währungsspekulationen unter Druck geraten, soll sie zur Seite springen können, sofern es mit  
 997 den geldpolitischen Zielen vereinbar ist. Hierfür könnten zum Beispiel Devisenswap-  
 998 Vereinbarungen oder Art. 219 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union  
 999 (AEUV) zur Festlegung von Wechselkurspolitiken genutzt werden.

Die multilateralen Finanzinstitutionen **IWF und Weltbank** können beim Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und dem weltweiten sozial-ökologischen Umbau eine entscheidende Rolle spielen. Dafür müssen sie ihren Ankündigungen Taten folgen lassen und endlich den Menschen dienen. Dazu gehört derzeit ganz konkret ihr Engagement konsequent am Pariser Klimaabkommen auszurichten. Wir dürfen sie nicht aus der Verantwortung entlassen, selbst zu einer stabilen, nachhaltigen und armutsmindernden globalen Finanzarchitektur beizutragen.

## 12. Stabile Finanzmärkte und sichere Anlagen

Banken und Finanzmärkte sollen dazu dienen, Bürgerinnen und Bürger attraktive Sparmöglichkeiten anzubieten und Investitionen zu finanzieren. Mit geeigneten Regulierungen und einer umfassenden Finanztransaktionssteuer wollen wir reine Spekulationsgeschäfte und vor allem den Hochfrequenzhandel unattraktiv machen. Lokal agierende kleine und mittelgroße Banken in Deutschland, und immer stärker auch wieder im Rest der EU, stellen für die meisten Firmen die Kreditversorgung sicher. Deshalb wollen wir **das Lokalbankenprinzip in ganz**

### Europa

**verankern.** Öffentliche Banken sind dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet. Sparkassen sollen daher Gemeinwohlberichte erstellen und transparenter werden, was die Offenlegung von Gehältern angeht.

Mit einem Regulierungssystem aus klaren, harten aber deutlich weniger komplexen Regeln werden kleine Banken entlastet. Unsere **Schuldenbremse für Banken** – eine ungewichtete Eigenkapitalquote von zehn Prozent – stellt sicher, dass genügend Sicherheitspolster vorhanden sind. Großbanken müssen kleiner werden. Durch ein effektives Trennbankensystem, hohe Eigenkapitalanforderungen und eine vollendete Bankenunion werden sie nicht mehr das Finanzsystem gefährden können. Die Rettung von Banken mit Geld der Steuerzahler\*innen gehört dann der Vergangenheit an.

Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung können neue Akteure auf den Finanzmärkten entstehen bzw. wachsen. Sie machen für viele den Finanz- und Zahlungsverkehr einfacher und schneller und bieten neue Anlagemöglichkeiten. Wir wollen hier klare Wettbewerbsregeln schaffen, in welchen weder Banken noch große Tech-Unternehmen ihre dominante Stellung nutzen

können, um unliebsame Konkurrenten und Innovationen zu behindern. Die Einführung eines **Euros** bietet Chancen beim Zahlungsverkehr und für neue innovative Dienstleistungen. Diese von den Zentralbanken des Eurosystems eingeführte elektronische Währung soll auch vielen Menschen im Alltag als einfaches, sicheres und bequemes Zahlungsmittel dienen. **Privates**

### Geld

wie etwa der von Facebook geplante Libra hingegen würde kein Problem lösen, aber potentiell viele neue schaffen. Eine Verdrängung kleiner Unternehmen über die Währung eines Konzerns, die Anhäufung von Zahlungsverkehrsdaten bei einem Unternehmen mit ohnehin schon problematischer Datenmacht und die Aushöhlung des staatlichen Geld- und Währungsmonopols

lehnen wir ab und werden Libra nicht zulassen.

**Versicherungen und Pensionsfonds** stecken derzeit in finanziellen Problemen, weil sich ihre Zinserwartungen nicht erfüllt haben. Die große Koalition hat wiederholt Maßnahmen eingeläutet, um die Krise der Versicherer einseitig auf Kosten der Kunden zu lösen. Diese

1039 Politik lehnen wir entschieden ab. Wir werden im Falle einer Schieflage einer Versicherung  
1040 eine faire Lastenverteilung zwischen den Eigentümer der Unternehmen und der Kunden  
1041 gewährleisten. Das Volumen des Sicherungsfonds Protektor ist im Falle einer Krise viel zu  
1042 gering. Um Abhilfe zu schaffen, muss das Volumen des Fonds deutlich erhöht werden. Auch  
1043 sollte ein europäisches Rückversicherungssystem eingeführt werden. Außerdem werden wir es  
1044 nicht mehr gestatten, dass die Unternehmen Versicherungsverträge ohne die Zustimmung des  
1045 Kunden weiterverkaufen.

1046 Die **Finanzberatung** muss sich grundlegend wandeln. Durch Provisionen kommt es heute  
dazu,  
1047 dass Anleger\*innen nicht die passenden Produkte empfohlen werden, sondern die mit den  
1048 höchsten Provisionen. Mit dem schrittweisen Übergang zur Honorarberatung – der Kunde zahlt  
1049 die Beratung also nicht mehr indirekt über die Provision, sondern direkt an die Berater\*in,  
1050 dafür ist das Produkt dann günstiger – wird sich die Qualität der Beratung verbessern und  
1051 sich das Berufsbild der Berater\*innen wandeln.

1052 Ein Bürgerfonds für stabile und rentable Anlagemöglichkeiten

1053 Damit die Bevölkerung in Deutschland mehr von den volkswirtschaftlichen Gewinnen der  
1054 Wirtschaft profitieren kann, schlagen wir die Errichtung eines **Bürgerfonds** vor. Er soll all  
1055 den Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung an Wohlstandsgewinnen sichern, deren  
Einkommen  
1056 zu klein sind, um selbst Vermögen in Aktien, Immobilien oder anderen Werten anzusparen. In  
1057 den Bürgerfonds zahlt jede Bürger\*in automatisch einen bestimmten Teil seines Einkommens  
1058 ein. So stellen wir für den Fonds eine hohe Anlagesumme sicher und senken damit die  
1059 Verwaltungskosten. Wer aber andere Formen der Anlage bevorzugt, kann der Einzahlung in den  
1060 Bürgerfonds einfach widersprechen (Opt-out). Um Fehler von Riester zu vermeiden, wird der  
1061 Fonds keine Zinsgarantien gewähren, weil sie die Rendite mindern. Sicherheit werden wir  
1062 stattdessen über eine breit gefächerte, diversifizierte, nachhaltige und langfristige  
1063 Anlagestrategie gewährleisten. Der Bürgerfonds bietet also Menschen, die kleine Ersparnisse  
1064 haben, eine risikoarme und vor allem extrem preiswerte Anlageform. Auch die Wirtschaft wird  
1065 von diesem Fonds profitieren. Denn es tritt ein gewünschter Nebeneffekt ein: Das Kapital ist  
1066 nicht von einer kurzfristigen Renditeerwartung getrieben, sondern einer nachhaltigen  
1067 Anlageentwicklung verpflichtet.

### 1068 **13. Gemeinwohlorientierte Unternehmen stärken**

1069 Viele Unternehmen engagieren sich für ökologische und soziale Ziele. Immer mehr  
Unternehmen  
1070 schreiben diese gesellschaftlichen Ziele parallel zum wirtschaftlichen Erfolg verbindlich  
1071 fest. Diese ökonomische Bürger\*innenbewegung werden wir systematisch stärken. **Unser Ziel**  
**ist**  
1072 **eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und Sozialunternehmen.**

1073 Öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für  
1074 Gründer\*innen und Beratungsangebote für Unternehmen werden wir systematisch für alle  
1075 Unternehmungen öffnen. So wollen wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine  
1076 stärken, die wirtschaftlich aktiv sind.

1077 Die Unternehmen der sozialen und solidarischen Ökonomie brauchen attraktive Rechtsformen.  
1078 Eine vereinfachte, **allgemeinverständliche Mustersatzung für Genossenschaften** wollen

wir in

1079 Zusammenarbeit mit den Genossenschaftsverbänden breit zugänglich machen. Kleine  
1080 Genossenschaften werden wir von einschlägigen Auflagen des Handelsrechts entlasten. Die  
1081 Überarbeitung der Rechtsformen soll ermöglichen, dass Unternehmen der solidarischen  
Ökonomie  
1082 sichtbar werden und dadurch in Deutschland und in Europa besser vertreten sind.  
1083 Sozialgenossenschaften sollen künftig nicht mehr durch ein faktisches Kombinationsverbot von  
1084 bezahlter und ehrenamtlicher Arbeit behindert werden. In eine gesetzliche Reserve  
1085 eingestellte Gewinne wollen wir von der Körperschafts- und Gewerbesteuer freistellen. So  
1086 stärken wir die Eigenkapitalbasis und Investitionsfähigkeit von Genossenschaften. Auf  
1087 europäischer Ebene setzen wir uns für ein Label von Produkten aus der sozialen und  
1088 solidarischen Ökonomie ein. Wer keinen Gewinn machen will, ist auf eine günstige  
1089 Finanzierung angewiesen. Wir wollen Sozialunternehmen diese bereitstellen, zum Beispiel über  
1090 Kreditprogramme der öffentlichen Förderbanken.

1091 Zugleich gilt es, den **Bürgerenergiegenossenschaften** die regulativen Fesseln abzunehmen,  
1092 damit sie wieder zu kraftvollen Akteuren der Energiewende werden. Wir wollen die EU-  
1093 Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt so wirtschaftsfreundlich in deutsches Recht  
1094 übersetzen, dass die Bürgerenergie umfassend gestärkt wird. Beim Mieterstrom wollen wir  
1095 hinderliche Preisvorgaben abschaffen, um dezentrale Investitionen in Erneuerbare zu  
1096 ermöglichen.

1097 Viele Unternehmen engagieren sich im Rahmen der Gemeinwohlökonomie. Wir wollen, dass  
auch  
1098 Unternehmen im Bundesbesitz **Gemeinwohlabilanzen** erstellen. Die Gemeinwohlabilanzen  
wollen wir  
1099 im europäischen und deutschen Recht verankern. Auch heutige gewinnorientierte Rechtsformen

1100 wie die Aktiengesellschaft sollen sich per Mehrheitsbeschluss künftig andere Ziele geben  
1101 können als die Maximierung des Profits, ohne dass sie dem Risiko ausgesetzt sind, dass  
1102 Minderheitsgesellschafter dagegen klagen.

#### 1103 **14. Investitionen solide und gerecht finanzieren**

1104 Wir wollen die **öffentlichen Investitionen deutlich steigern**. Ein Land, in dem jede achte  
der  
1105 insgesamt 40.000 Brücken marode ist, das weniger Geld in Bildung steckt als fast all seine  
1106 Nachbarländer, das für seine Funklöcher berüchtigt ist statt berühmt für seine Smartphones,  
1107 ein solches Land lebt von vergänglicher Substanz. Es wird dauern, die politischen Vorzeichen  
1108 auf Vernunft zu drehen. Umso wichtiger ist es, jetzt damit zu beginnen. Investitionen  
1109 schaffen öffentliche Güter. Sie kosten Geld, aber wenn in das Richtige, Zukunftsfähige  
1110 investiert wird, schaffen sie Wohlstand. Jede Ausgabe, die der Staat so tätigt, führt in der  
1111 Wirtschaft zu Einnahmen und es werden Jobs geschaffen. Für einen Euro, den wir klug  
1112 investieren, kann unsere Wirtschaftsleistung um deutlich mehr als einen Euro steigen.

1113 Wir wollen diese Investitionen finanzieren, indem wir Fehlanreize abstellen, Gelder  
1114 umschichten und gezielt Investitionen über Kredite ermöglichen. Wir unterscheiden dabei  
1115 zwischen einmaligen Investitionen und dauerhaften Ausgaben. Diese dauerhaften Ausgaben  
zum  
1116 Beispiel für Bildung und Gerechtigkeit sind für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt

1117der Gesellschaft essenziell. Diese dauerhaften Ausgaben wollen wir durch laufende  
1118Steuereinnahmen, eine gerechtere Besteuerung von Vermögen und die Bekämpfung von  
1119Steuerbetrug und -umgehung gegenfinanzieren.

1120Bisher scheitern Investitionsprogramme auch an mangelnden Kapazitäten in der Bauwirtschaft  
1121oder in den Planungsabteilungen des öffentlichen Dienstes. Unsere Investitionspolitik ist  
1122deshalb verlässlich und langfristig angelegt, so dass sowohl die private Bauwirtschaft als  
1123auch der öffentliche Dienst wieder mehr Kapazitäten aufbauen können. Wir investieren  
1124dauerhaft und nachhaltig.

1125Investitionsgesellschaften gründen

1126Viele Investitionen schaffen werthaltige Wirtschaftsgüter, mit denen sich Einnahmen erzielen  
1127lassen. Eine Stromleitung erzielt Einnahmen durch den durchgeleiteten Strom. Das gleiche  
1128gilt analog für Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Breitband für Internet und vieles  
1129andere. Um diese Investitionen effizient durchzuführen, werden wir sie jeweils in  
1130öffentlichen Investitionsgesellschaften bündeln, darüber finanzieren und stringent managen.  
1131Damit werden wir nachhaltige Werte für die nächste Generation schaffen, die sich auch  
1132wirtschaftlich rechnen, insbesondere in Zeiten von Nullzinsen, ja mitunter sogar negativer  
1133Zinsen.

1134Die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse sehen vor, dass die Verschuldung von  
1135**öffentlichen Gesellschaften** wie zum Beispiel der Bahn, Wohnungsbaugesellschaften oder  
1136öffentlichen Krankenhäusern nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden. Das gleiche  
1137gilt für die neu zu gründenden Investitionsgesellschaften. Daher werden wir sie aus dem  
1138Investitionsfonds mit genügend Eigenkapital ausstatten, damit sie sich wie jedes private  
1139Unternehmen auch am Finanzmarkt selbst zusätzliches Kapital besorgen können. Der Bund gibt  
1140für diese Kreditaufnahme eine Staatsgarantie. So könnte der Bund zum Beispiel eine  
1141Ladesäulengesellschaft neu gründen, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben für  
1142Wohnungsneubau und Gebäudesanierung eine Kreditaufnahme erlauben und die  
Verschuldungsgrenze

1143bei der Deutsche Bahn erhöhen. **Good Governance** und demokratische Beteiligung sollen für  
1144Transparenz und Kontrolle sorgen. Die Regierung muss steuern können und für Parlament und  
1145Öffentlichkeit müssen Entscheidungen und Mittelverwendung transparent sein. Die  
1146Privatisierung dieser Gesellschaften wollen wir dauerhaft ausschließen, damit öffentliches  
1147Vermögen auch öffentlich bleibt.

1148Die Begrenzung der Staatsschulden mit Investitionen in Infrastruktur kombinieren

1149Es war richtig, dass sich Deutschland Regeln gegeben hat, die dafür sorgen, dass es nicht zu  
1150exzessiver Verschuldung der öffentlichen Hand kommt. Sie haben – gemeinsam mit der  
1151Geldpolitik der Europäischen Zentralbank – geholfen, die Verschuldung einzudämmen. In  
1152Deutschland ist die Schuldenquote so von 80 Prozent auf unter 60 Prozent der  
1153Wirtschaftsleistung zurückgegangen. An diesem Erfolg wollen wir festhalten.

1154Aber nicht nur Schulden im Haushalt sind Schulden. Wenn wir jetzt nicht in Bildung,  
1155Innovation und Forschung sowie in Maßnahmen zum Klimaschutz investieren, verspielen wir  
1156unseren zukünftigen Wohlstand. Außerdem würden die Finanzmärkte, die immer auch sichere  
1157Anlagemöglichkeiten wie Staatsanleihen brauchen, bei einem immer geringeren Schuldenstand  
1158nicht mehr stabil funktionieren, weil ihnen sichere Anlagemöglichkeiten fehlen. **Wir wollen**  
1159**daher die Schuldenbremse im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien**

## **weiterentwickeln**

1160 **und sie mit einer verbindlichen Investitionsregel verknüpfen.** Wenn der Bund mehr  
investiert  
1161 als sein Vermögen an Wert verliert – wenn er also neue Werte schafft – soll dies auch durch  
1162 die Platzierung von neuen Anleihen finanziert werden können. **Die öffentlichen Investitionen**  
  
1163 **sollen mindestens so hoch sein, dass sich das öffentliche Vermögen nach Abnutzung**  
**und**  
1164 **Wertverlusten mindestens im Gleichklang mit der Wirtschaftsleistung bewegt.**  
  
1165 Diese Möglichkeit ist für Deutschland entsprechend den europäischen Vorgaben daran  
gebunden,  
1166 dass die öffentliche Schuldenquote unterhalb der Maastricht-Marke von 60 Prozent des BIP  
1167 liegt und das strukturelle Defizit maximal ein Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt.  
1168 Durch diese Beschränkungen würde auch durch die vorgeschlagene Möglichkeit zusätzlicher  
1169 Investitionen die Schuldenquote weiter auf unter 40 Prozent fallen. Das gilt umso mehr, als  
1170 dadurch zusätzliche Nachfrage und damit wirtschaftliche Entwicklung entsteht. Gerade im  
1171 Falle eines bevorstehenden Abschwungs halten wir diese Möglichkeit für sinnvoller als etwa  
1172 pauschale Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, denn diese würden den Abschwung  
noch  
1173 verschärfen. Das wäre das Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik.  
  
1174 Durch unseren Vorschlag dürfte der Bund im Durchschnitt etwa 35 Milliarden Euro pro Jahr  
1175 Kredite aufnehmen. Diese Gelder wollen wir in einen **Bundesinvestitionsfonds** überführen,  
der  
1176 als Sondervermögen im Bundeshaushalt nicht der Jährlichkeit des Haushalts unterliegt. Er  
1177 kann dann zweckgebunden investieren und auch eine stärkere antizyklische Wirkung entfalten.  
1178 Um den Investitionsfonds abzusichern und sauber zu implementieren, streben wir eine  
Änderung  
1179 des Grundgesetzes an.  
  
1180 Für eine optimale Steuerung von Staatsschulden und Investitionen erhalten Länder und  
1181 Kommunen einen verbindlich vereinbarten Anteil aus den Mitteln des Bundes-Investitionsfonds,  
1182 an dem alle Länder partizipieren und selbst entscheiden können, für welchen der vorgegebenen  
  
1183 investiven Zwecke sie die Mittel einsetzen. Die Schuldenbremse für die Länder (null  
1184 Verschuldung in Zeiten der Normalkonjunktur) soll beibehalten werden.  
  
1185 Es ist richtig, dass die Maastricht-Kriterien die Staatsverschuldung auch auf europäischer  
1186 Ebene begrenzen. Bei der anstehenden Reform wollen wir die Anreize für staatliche  
1187 Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verbessern. Zum Beispiel indem  
1188 Investitionsausgaben bei der Berechnung der Defizitquoten ähnlich wie private Investitionen  
1189 über mehrere Jahre abgeschrieben werden können. Damit stärken wir öffentliche Investitionen  
1190 gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs.  
  
1191 **1** Wir beschreiben im Antrag „Handeln – und zwar jetzt“ ausführlich unseren Maßnahmenplan  
für  
1192 einen radikal realistischen und sektorenübergreifenden Klimaschutz.

## Begründung

Dieser Antrag ist entstanden unter Mitarbeit von Tarek Al-Wazir, Katharina Dröge, Sven Giegold, Katrin Göring-Eckardt, Anja Hajduk, Monika Heinold, Anton Hofreiter, Sven-Christian Kindler, Oliver Krischer und Ramona Pop.